



Substanzielles Protokoll 174. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 8. Dezember 2021, 17.00 Uhr bis 19.36 Uhr, in der Halle 9
der Messe Zürich

Vorsitz: Präsident Mischa Schiwow (AL)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Anaïs Rufer

Anwesend: 121 Mitglieder

Abwesend: Dr. Mathias Egloff, Sofia Karakostas (SP). Guy Krayenbühl (GLP), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | |
|-----|--------------------------|---|
| 1. | Mitteilungen | |
| 12. | 2021/368 | Weisung vom 15.09.2021:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2022 (Detailbudgets und
Produktgruppen-Globalbudgets) |
- FV

Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen zur Kenntnis gebracht.

Geschäfte

4709. 2021/368

Weisung vom 15.09.2021:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2022 (Detailbudgets und Produktgruppen-Globalbudgets)

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 173, Beschluss-Nr. 4709/2021).

Beschlüsse:

Antrag 001.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Cathrine Pauli (FDP): Wir kommen zu einer Reihe von bereits in unserer Fraktionserklärung angekündigten Anträgen, mit denen wir insgesamt 63 Millionen Franken einsparen möchten. Wir haben einerseits sogenannte «Bunkerkostenstellen» angeschaut, aber auch Konten, in denen es um Löhne geht. Der erste Antrag betrifft die Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals – dort fordern wir 1 Prozent Einsparung. Bei einer Lohnsumme von 270 Millionen Franken ergibt dies eine Einsparung von 2,7 Millionen Franken. Wir haben Konten mit sehr hohen Lohnsummen genommen, bei denen wir der Meinung sind, dass 1 Prozent Einsparung realistisch ist – zum Beispiel indem Teilzeitarbeit gefördert wird. Wir wissen aus Studien, dass eine Person mit einem 80 Prozent Pensum gleich viel arbeitet wie eine Person, die 100 Prozent angestellt ist. Wir fordern departementsübergreifende Zusammenarbeit, wir fordern, dass Stellen nicht automatisch oder befristet ersetzt werden und wir fordern, dass durch Digitalisierungsprojekte Stellen abgebaut werden. Diese Beobachtung können wir nicht feststellen, weshalb wir der Meinung sind, dass 1 Prozent Einsparung bei der Grösse der Stadt Zürich durchaus machbar ist.

Felix Moser (Grüne): Über solche Tabellenanträge wurden schon immer mehr oder weniger blind Kürzungen beantragt – bei gewissen Konten 10 Prozent, in diesem Fall 1 Prozent. Die Mehr- und Minderheiten sind in fast allen der 18 Anträge ähnlich: Die Mehrheit geht jeweils davon aus, dass das vorgelegte Budget des Stadtrats der aktuellen Situation entspricht. Übermässig daran zu schrauben und Sparmassnahmen zu fordern, ist aus unserer Sicht nicht nötig. Darum ist es auch nicht nötig, mit Kürzungen auf verschiedenen Konten quer über alle Dienstabteilungen Geld zu streichen. Die rund 60 Millionen Franken, die hier beantragt werden, sind in diesem Sinne überflüssig, deswegen wird die Mehrheit sie in den meisten Fällen ablehnen. Teilweise sind die Kürzungen so klein, dass sie vermutlich keine Auswirkungen haben. Es ist unklar, ob wirklich Geld gespart werden kann, oder ob das Budget einfach kosmetisch verändert wird. Bei kleinen Beträgen führt es wahrscheinlich auch nicht zum gewünschten Leistungsabbau, sondern zu einem Nachtragskredit im kommenden Jahr. Die Mehrheit lehnt die Kürzungen deswegen in den

meisten Fällen ab. Bei der Tabelle 1 geht es um die Löhne: Die vorgesehenen Kürzungen um 3 Millionen Franken sind kaum spürbar. Vermutlich wird die Kürzung in den meisten Fällen auch erfüllt, wenn der Stadtrat nichts unternimmt. Es geht nur darum zu sagen, dass gespart wurde. Als Beispiel, wie absurd diese Anträge zum Teil sind, nehmen Sie den Datenschutzbeauftragten der Institution 1035: Dort gibt es knapp drei Angestellte und es sollen 2900 Franken eingespart werden. Wenn jemand 3 Prozent weniger arbeitet, wäre das Problem vielleicht gelöst, aber es ergibt keinen Sinn, denn die Arbeit fällt genau gleich an. Weiter ist mir nicht klar, nach welchen Gesichtspunkten die Dienstabteilungen ausgewählt wurden und warum beispielsweise bei der Stadtreinigung 1 Prozent gekürzt werden soll, aber bei Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) nicht. Die Mehrheit ist der Meinung, dass das vom Stadtrat vorgelegte Budget in Ordnung ist und lehnt diese Tabellenkürzung daher ab.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Florian Blättler (SP): Tabellenanträge sind trügerisch. Man nimmt ein Konto, bei dem man denkt, es gäbe noch Luft im Budget und lässt diese Luft in allen Dienstabteilungen raus. Dass in den verschiedensten Dienstabteilungen oftmals unterschiedliche Dinge auf dem gleichen Konto verbucht sind und der reine Titel des Kontos oftmals etwas anderes sagt, als effektiv enthalten ist, wird übersehen. Wenn man zum Beispiel Antrag 5 über das Betriebs- und Verbrauchsmaterial nimmt, so ist bei der Stadtreinigung Salz zum Salzen der Strassen enthalten oder bei Immobilien Stadt Zürich (IMMO) das WC-Papier für die Angestellten. Wollen Sie, dass nur 70 Prozent der Angestellten WC-Papier benutzen? Es ist grundsätzlich schwierig und die SP wird die Anträge – mit Ausnahme des Antrags 3 – entsprechend nicht unterstützen, auch wenn sie in einzelnen Konten und Dienstabteilungen durchaus eine Kürzung mittragen könnte. Die SP möchte auch verhindern, dass die Verwaltung im Wissen um die grundsätzliche Mehrheitsfähigkeit von linearen Streichungen beginnt, Polster und zusätzliche Luft ins Budget einzubauen, um die zu erwartende Kürzung im Vorherein zu kompensieren. Dass diese Kürzungsanträge zudem nicht dem Sparen, sondern der heiligen schwarzen Null dienen, sieht man daran, dass Eigenwirtschaftsbetriebe, deren Verlust oder Gewinn nicht ins Defizit der Stadt einfließen, grundsätzlich von den Kürzungen ausgenommen sind. Wenn dies das Gesprächsangebot war, von dem die FDP die ganze Zeit spricht, haben wir ein anderes Verständnis eines Gesprächsangebots. Wir möchten die Stadt gestalten und keine Luft aus dem Budget lassen. Wenn wir ein Gespräch führen möchten, dann setzen wir uns an einen Tisch und diskutieren darüber, wie die Stadt in Zukunft aussehen wird, wie wir sie verändern möchten und wo wir sparen können.

Walter Angst (AL): Diese Schattenbox-Debatte ist ausserordentlich speziell. Man hat jahrelang Übungen mit Tabellenanträgen gemacht und geschaut, was man erreichen kann – das Ergebnis war gleich null. Weil wir ein «REMO Budget» haben, muss budgetiert werden, was an Ausgaben erwartet wird. Es kann sein, dass mal mehr benötigt wird, dann gibt es einen Nachtragskredit. In den meisten Fällen wird allerdings weniger benötigt. Das drückt sich am Ende des Jahres darin aus, dass das Ergebnis besser als budgetiert ist. Dr. Florian Blättler (SP) hat dies einmal nachgerechnet: 100 oder 120 Millionen Franken – «so what». Was ihr macht, ist Kosmetik. Ihr tut so, als ob wir nun eine schwarze Null erhielten. Die Realität ist, es passiert gar nichts ausser vielleicht der eine oder andere Nachtragskredit. Euch tut es gut, wir haben eine riesige Arbeit damit, insbesondere das Sekretariat der Rechnungsprüfungskommission (RPK). Daher wäre es gut, wenn man nach dieser Budgetdebatte wieder zur Normalität zurückkäme und mit diesen Pauschalkürzungen und Listenanträgen Schluss machen würde. Es ist nur Arbeit, kein Ergebnis.

Cathrine Pauli (FDP): Ich erkläre, wie wir zu diesen tabellarischen Anträgen gekommen sind. Wir haben innerhalb der Fraktion viel Zeit investiert. Wir haben geschaut, ob es möglich ist, bei dieser Null zu landen. Wir sind auf die Details eingegangen und auf Vorschläge der SP, zum Beispiel beim Antrag 3. Wir sind die Anträge in mehrmaligen Durchläufen iterativ durchgegangen und haben darauf reagiert. Wir wollten herausfinden, ob wir auf irgendeine Art in einen Bereich kommen, damit wir hinter dem Budget stehen können. Wir konnten mit viel Denken feststellen, dass einige Millionen Franken zu finden sind. Letztendlich wird aber eine gemeinsame Anstrengung des Gemeinderats benötigt, wenn wir wieder in einen gesunden Bereich einer Budgetierung kommen wollen. Wenn jedes Jahr um 100 Millionen Franken besser abgeschlossen wird, dann können wir dies von Anfang an so budgetieren und nicht überall Reserven reinbunkern, die am Schluss nicht benötigt werden.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
001.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag		Mehrheit	Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
		2 714 000		Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung: Reduktion um 1 %, Nutzung Fluktuation und Rotationsgewinn sowie Förderung von Teilzeit und Reduzierung Pensum; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3010 00 000 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1005	Gemeinderat	1 323 300	0	13 200	1 310 100
1007	Finanzkontrolle	2 901 400	290 000	31 900	3 159 500
1010	Ombudsstelle	584 900	0	5 800	579 100
1020	Stadtkanzlei	5 548 300	0	55 500	5 492 800
1025	Rechtskonsulent	592 300	0	5 900	586 400
1035	Datenschutzbeauftragte/r	285 700	0	2 900	282 800
1070	Stadtamtsfrau-/Stadtammann- und Betreibungsämter	13 011 700	0	130 100	12 881 600
1080	Friedensrichterinnen- und Friedensrichterämter	938 300	0	9 400	928 900
1500	Präsidialdepartement Departementssekretariat	3 338 300	0	33 400	3 304 900
1506	Fachstelle für Gleichstellung	983 600	0	9 800	973 800
1510	Kultur	5 934 800	160 000	60 900	6 033 900
1530	Bevölkerungsamt	17 568 200	0	175 700	17 392 500
1561	Stabstelle Projektstab Stadtrat im Präsidialdepartement	840 000	0	8 400	831 600
1565	Stadtarchiv	2 337 100	0	23 400	2 313 700
1575	Statistik Stadt Zürich	3 414 200	0	34 100	3 380 100
3515	Tiefbauamt	34 176 900	0	341 800	33 835 100

3560	ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Stadtreinigung	20 442 400	0	204 400	20 238 000
4000	Hochbaudepartement Departementssekretariat	4 452 400	112 500	45 600	4 519 300
4015	Amt für Städtebau	13 214 300	0	132 100	13 082 200
4020	Amt für Hochbauten	20 377 200	491 000	208 700	20 659 500
4035	Amt für Baubewilligungen	8 538 300	0	85 400	8 452 900
4040	Immobilien Stadt Zürich	36 947 000	0	369 500	36 577 500
4500	Departement der Industriellen Betriebe Departementssekretariat	3 315 600	0	33 200	3 282 400
5000	Schul- und Sportdepartement Departementssekretariat	6 361 000	304 500	66 700	6 598 800
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	62 618 800	0	626 200	61 992 600
	Total	270 046 000	1 358 000	2 714 000	268 690 000

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 002.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Cathrine Pauli (FDP): Wir haben nur die Konten betrachtet, bei denen wir das Gefühl hatten, dass sie im Vergleich zum Jahr 2019 überproportional angestiegen sind. Wir müssen in Erinnerung rufen, dass unsere Stadtbevölkerung seit dann nicht mehr gewachsen ist, weswegen die spezifischen Tabellenstreichungen in bestimmten Konten zu Stande kamen.

Felix Moser (Grüne): Es geht um die Kürzungen von übermässigem Stellenausbau. Es lohnt sich, etwas genauer hinzuschauen, da nicht so viele Dienstabteilungen vom Kürzungsantrag betroffen sind. Beim Departementssekretariat Finanzdepartement (DS FD) sollen Stellen für ein städtisches IT-Controlling geschaffen werden, die aus Sicht der Mehrheit durchaus sinnvoll und notwendig sind. Bei Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) ist die sogenannte übermässig starke Zunahme auf Stellen zurückzuführen, die vor einem Jahr im Budget geschaffen wurden, aber erst jetzt voll besetzt sind, beispielsweise Stellen zum Kauf von Liegenschaften und juristisches Knowhow im Umgang mit dem Baurecht. Bei Human Resources Management (HRZ) sind es zwei neue Stellen – bei 150 Mitarbeitenden ist dies nicht übermässig viel –, unter anderem zur Umsetzung des neuen Lohnsystems, das der Gemeinderat beschlossen hat. Beim Case Management geht es um befristete Stellen zur Betreuung von Mitarbeitenden mit längeren Ausfällen – auch im Zusammenhang mit der Pandemie. Die Stellen sind nicht übermässig und gut begründet, weshalb Ihnen die Mehrheit empfiehlt, mit dem Stadtrat zu stimmen.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
002.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag		Mehrheit	Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
		4 399 700		Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung: Reduktion übermässiger Stellenausbau; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3010 00 000 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1505	Stadtentwicklung	5 380 300	0	200 000	5 180 300
2000	Finanzdepartement Departementssekretariat	3 060 800	0	100 000	2 960 800
2021	Liegenschaften Stadt Zürich	9 578 300	130 000	829 000	8 879 300
2050	Human Resources Management	14 550 600	0	169 400	14 381 200
2051	Stadtweites Case Management am Arbeitsplatz	3 569 700	0	269 400	3 300 300
2080	Organisation und Informatik	56 486 600	474 000	1 145 400	55 815 200
5510	Support Sozialdepartement	15 497 800	0	1 311 500	14 186 300
5550	Soziale Dienste	77 488 000	0	375 000	77 113 000
	Total	185 612 100	604 000	4 399 700	181 816 400

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 003.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Cathrine Pauli (FDP): Es freut uns, dass wir bei diesem Antrag eine Mehrheit gefunden haben. Wir besprechen Konten, die in der Privatwirtschaft Bunkerkonten genannt werden und nicht gross betrachtet werden. Die Beträge sind klein, die Kontrolle und der Einkauf schauen nicht hin und deswegen haben wir hingeschaut. Das erste ist das Thema der Personalwerbung. Wir haben noch folgende Änderung: Wir wollen aus dem tabellarischen Antrag das Konto der Verkehrsbetriebe (VBZ) streichen. Generell wollen wir bei Antrag 2 und 3 das Wachstum der Mitarbeiteranzahl in der Stadtverwaltung bremsen. Wenn wir weniger Stellen besetzen müssen, braucht es auch weniger Budget in der Personalwerbung. Deswegen fordern wir 15 Prozent Reduktion auf der Ausgabenseite für die Abteilungen, die aufgelistet sind.

Felix Moser (Grüne): Nachdem die VBZ aus der Liste gestrichen worden sind, bleibt als grösster Antrag derjenige der Stadtpolizei. Kürzlich wurde im Gemeinderat besprochen,

dass bei der Stadtpolizei mehr Diversität benötigt wird. Wir haben über einen Bericht gesprochen, den wir noch einmal schreiben müssen, weil er zu wenig ausführlich und inkomplett war. Die Personalwerbung ist wichtig, um neue Menschen ansprechen zu können. Auch linke Parteien, die das dazumal gefordert haben, fordern nun eine Kürzung der Mittel. Die Minderheit wird diese Kürzungen klar ablehnen und mit dem Stadtrat stimmen, weil es Dinge gibt, hinter denen wir nicht stehen können.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Es kann sein, dass die 15 Prozent im einen oder anderen Budgetposten nicht benötigt werden. Ich erinnere mich allerdings, wie kritisch die RPK reagiert, wenn man einmal mehr braucht. Ich will ganz klar sagen, dass die Dienstabteilungen, die diese Mittel brauchen, sich in einem Kampf um Personal befinden, Stichworte Fachkräftemangel und Überalterung. Sie werden mit Nachtragskrediten kommen müssen, das möchte ich festgehalten haben. In den früheren Jahren gab es diesbezüglich eine Kulanz des Parlaments, diese wird es wiederum brauchen.

S. -		10 3091 00 000		BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Personalwerbung			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen	
003.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag			Minderheit	Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL)	
		358 400			Mehrheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Cathrine Pauli (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Soberheim (GLP), Johann Widmer (SVP)	
		Begründung: Reduktion um 15 %, Ausnahme: «5000 Schul- und Sportdepartement Departementssekretariat»: zurück auf Budget 2021; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle					

3091 00 000 Personalwerbung					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1500	Präsidialdepartement Departementssekretariat	25 000	0	3 800	21 200
1505	Stadtentwicklung	7 000	0	1 100	5 900
1530	Bevölkerungsamt	52 000	0	7 800	44 200
2015	Finanzverwaltung	15 000	0	2 300	12 700
2021	Liegenschaften Stadt Zürich	30 000	0	4 500	25 500
2034	Wohnen und Gewerbe	20 000	0	3 000	17 000
2050	Human Resources Management	170 800	0	25 600	145 200
2080	Organisation und Informatik	170 000	0	25 500	144 500
2506	Blaue Zonen	1 400	0	200	1 200
2520	Stadtpolizei	468 500	0	70 300	398 200
2550	Schutz & Rettung	70 000	0	10 500	59 500
3000	Gesundheits- und Umweltdepartement Departementssekretariat	25 000	0	3 800	21 200
3010	Städtische Gesundheitsdienste	38 000	0	5 700	32 300
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	10 000	0	1 500	8 500

3515	Tiefbauamt	230 000	0	34 500	195 500
3535	ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Abwasser	110 000	0	16 500	93 500
3550	ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Abfall	125 300	0	18 800	106 500
3555	ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Fernwärme	50 000	0	7 500	42 500
3560	ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Stadtreinigung	21 000	0	3 200	17 800
4015	Amt für Städtebau	34 000	0	5 100	28 900
4020	Amt für Hochbauten	12 000	0	1 800	10 200
4040	Immobilien Stadt Zürich	40 000	0	6 000	34 000
4525	Wasserversorgung	80 000	0	12 000	68 000
5000	Schul- und Sportdepartement Departementssekretariat	80 000	0	54 500	25 500
5010	Schulamt	34 900	0	5 200	29 700
5050	Schulgesundheitsdienste	20 000	0	3 000	17 000
5063	Fachschule Viventa	7 400	0	1 100	6 300
5510	Support Sozialdepartement	140 000	0	21 000	119 000
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	10 000	0	1 500	8 500
5530	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde der Stadt Zürich	7 000	0	1 100	5 900
	Total	2 104 300	0	358 400	1 745 900

Cathrine Pauli (FDP) beantragt für den Antrag der Mehrheit neu eine Kürzung um 358 400 Franken und damit die Streichung der Institution «4540 Verkehrsbetriebe» aus der Tabelle.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 26 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 004.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Cathrine Pauli (FDP): Man bedient sich einfach beim Büromaterial. In der heutigen Zeit der Digitalisierung soll Büromaterial immer weniger eine Rolle spielen. Wir haben uns auf die grossen Positionen konzentriert, weil wir dort Potenzial zum Sparen sehen. Das sind Stadtpolizei, Schutz & Rettung und Schul- und Büromaterialverwaltung (SBMV). Wir sind der Meinung, dass es dort möglich ist, Anstrengungen vorzunehmen und besser einzukaufen. Wir sprechen von 200 000 Franken Budgeteinsparung, das ist machbar.

Felix Moser (Grüne): Die SBMV ist die zentrale städtische Stelle für das Büromaterial. Sie erhält Bestellungen der Schulen und Dienstabteilungen und liefert diese aus. Wenn die Mittel für den Einkauf verringert werden, ist dies der falsche Ansatz. Man kauft so viel ein, wie man verkaufen wird. Die eingestellten Mittel entsprechen den Bestellungen der Schulen und Dienstabteilungen. Wenn Sie sparen möchten, dann müsste man dies bei den Kundinnen und Kunden tun und nicht beim Händler. Das ist der RPK von der Verwaltung auch klar erklärt worden. Ich bitte Sie mit dem Stadtrat zu stimmen.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3100 00 000	Büromaterial			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
004.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag		Mehrheit	Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
		209 500		Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung: Reduktion um 5 %; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3100 00 000 Büromaterial					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu
2520	Stadtpolizei	49 900	0	2 500	47 400
2550	Schutz & Rettung	33 800	0	1 700	32 100
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	4 105 300	0	205 300	3 900 000
	Total	4 189 000	0	209 500	3 979 500

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 005.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Cathrine Pauli (FDP): Wir fordern Einsparungen von 5 Millionen Franken. Es hat wenig mit der Kernkompetenz einer Verwaltung zu tun, es wird unkontrolliert ausgegeben. Wir verlangen mehr Ausgabendisziplin. Weniger Verbrauchsmaterialien heisst auch weniger Fussabdruck, es heisst den Lebenszyklus eines Gegenstands zu erweitern. Es heisst aber auch, sich zwei Mal zu überlegen, ob etwas wirklich ausgegeben werden soll. Es heisst Ausgabendisziplin in kleinen Sachen und wir fordern bei diesen Konten explizit, auf die Kontrolle der jeweiligen Dienstabteilungen ein besseres Augenmerk zu werfen.

Felix Moser (Grüne): Auf diesen Konten sind verschiedene Dinge budgetiert. Als Beispiel ist beim Tiefbauamt Material für Strassen- und Belagsreparaturen enthalten. Vorhin wurde gesagt, der Lebenszyklus kann verlängert werden. Der Unterhaltszyklus bei Strassen kann verlängert werden, aber dann wird es zerlöchernde Strassen geben, weil man viel herumfährt. Ich sehe die Medienschlagzeilen: «Bürgerliche wollen löchrige Strassen – Zürich Finish ist ihnen zu teuer». In diesem Budget ist auch das Streusalz enthalten, dort sollen 730 000 Franken gekürzt werden. Als Vertreter der Grünen kann ich dies nur begrüssen, aber wir werden dem Antrag nicht zustimmen, da es der falsche Ort ist. Das Traurigste ist, dass beim Bevölkerungsamt gekürzt werden soll: Auf diesem Konto sind fast ausschliesslich die 1,2 Millionen Franken Kosten für Säрге, Urnen und Kreuze enthalten. Wenn Sie da sparen möchten, finde ich das etwas schwierig. Dann müssen die Bürger das bezahlen, das ist ein Trauerspiel.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3101 00 000	Betriebs-, Verbrauchsmaterial			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
005.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag		Mehrheit	Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
		5 023 300		Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)
					Begründung: Reduktion um 30 %, Ausnahme «2555 Dienstabteilung Verkehr»: Reduktion um 10 %; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3101 00 000 Betriebs-, Verbrauchsmaterial					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1000	Gemeinde	15 000	0	4 500	10 500
1020	Stadtkanzlei	11 700	0	3 500	8 200
1070	Stadtamtsfrau-/Stadtammann- und Betreibungsämter	4 400	0	1 300	3 100
1505	Stadtentwicklung	4 000	0	1 200	2 800
1510	Kultur	130 200	0	39 100	91 100
1530	Bevölkerungsamt	1 456 000	0	436 800	1 019 200
2021	Liegenschaften Stadt Zürich	5 000	0	1 500	3 500
2050	Human Resources Management	3 800	0	1 100	2 700
2080	Organisation und Informatik	285 000	0	85 500	199 500
2505	Parkgebühren	50 000	0	15 000	35 000
2506	Blaue Zonen	5 000	0	1 500	3 500
2525	Stadtrichteramt	10 000	0	3 000	7 000
2555	Dienstabteilung Verkehr	137 000	0	13 700	123 300
3010	Städtische Gesundheitsdienste	78 900	0	23 700	55 200
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	230 500	0	69 200	161 300
3515	Tiefbauamt	3 425 000	0	1 027 500	2 397 500
3560	ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Stadtreinigung	2 378 200	0	713 500	1 664 700
4015	Amt für Städtebau	80 000	0	24 000	56 000
4035	Amt für Baubewilligungen	4 000	0	1 200	2 800
4040	Immobilien Stadt Zürich	5 806 000	0	1 741 800	4 064 200
5000	Schul- und Sportdepartement Departementssekretariat	70 000	0	21 000	49 000
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	352 200	0	105 700	246 500
5010	Schulamt	108 900	0	32 700	76 200
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	4 500	0	1 400	3 100
5050	Schulgesundheitsdienste	42 600	0	12 800	29 800
5063	Fachschule Viventa	77 000	0	23 100	53 900
5550	Soziale Dienste	350 000	2 000	105 600	246 400
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	1 707 900	0	512 400	1 195 500
	Total	16 832 800	2 000	5 023 300	11 811 500

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 006.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Cathrine Pauli (FDP): Der Wert von Drucksachen ist in der Corona-Pandemie um 30 Prozent eingebrochen. Die Druckereien leiden darunter, aber an der Stadt geht das vorbei. Wir fordern deswegen eine Einsparung von 30 Prozent, sprich eine Einsparung um 2,7 Millionen Franken. Wir haben die Konten genau analysiert und die Kosten für die Abstimmungsunterlagen oder die Kosten für die Bussenzettel aus den tabellarischen Listen entfernt. Wir sind überrascht, dass die Grünen bei diesem Antrag nicht mitmachen, denn kopieren heisst ja bekanntlich Bäume fällen.

Felix Moser (Grüne): Was mich leicht irritiert hat, ist die Aussage zu den Abstimmungsunterlagen. Nach meinem Kenntnisstand sind auf der Dienstabteilung Gemeinde fast nur Stimmrechtsausweise und Abstimmungsunterlagen enthalten. Diese würden reduziert werden. Vielleicht könnten sie dünneres Papier nehmen, oder es sind weniger Leute stimmberechtigt, aber mehr als einen Viertel zu kürzen, finde ich sehr schwierig. Bei Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) werden rund zwei Drittel gekürzt. Alle Dossiers der Vermieterinnen und Vermieter werden digitalisiert, weshalb im nächsten Jahr mehr Geld als sonst budgetiert ist. Scans sind nämlich ebenfalls in den Drucksachen und Publikationen enthalten. Wenn das einmal digitalisiert ist, kann Homeoffice und Desk-Sharing besser angeboten werden. Deswegen finden wir, dass man diese Mittel haben soll.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3102 00 000	Drucksachen, Publikationen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
006.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag		Mehrheit	Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
		2 697 600		Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung: Reduktion um 30 %, Ausnahmen: «2021 Liegenschaften Stadt Zürich» und «3000 Gesundheits- und Umweltdepartement Departementssekretariat»: Gleiches Niveau wie Vorjahre sowie «2500 Sicherheitsdepartement Departementssekretariat» und «2525 Stadtrichteramt»: Reduktion um 10 %; insbesondere Einsparungen durch Digitalisierung; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3102 00 000 Drucksachen, Publikationen					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1000	Gemeinde	210 000	0	63 000	147 000
1005	Gemeinderat	10 000	0	3 000	7 000

1007	Finanzkontrolle	7 000	0	2 100	4 900
1010	Ombudsstelle	39 000	0	11 700	27 300
1015	Stadtrat	9 000	0	2 700	6 300
1025	Rechtskonsulent	6 500	0	2 000	4 500
1500	Präsidialdepartement Departementssekretariat	20 000	0	6 000	14 000
1505	Stadtentwicklung	197 000	0	59 100	137 900
1506	Fachstelle für Gleichstellung	55 000	0	16 500	38 500
1510	Kultur	873 900	0	262 200	611 700
1530	Bevölkerungsamt	280 000	0	84 000	196 000
1561	Stabstelle Projektstab Stadtrat im Präsidialdepartement	5 000	0	1 500	3 500
1565	Stadtarchiv	20 000	0	6 000	14 000
1575	Statistik Stadt Zürich	35 000	0	10 500	24 500
2000	Finanzdepartement Departementssekretariat	17 000	0	5 100	11 900
2015	Finanzverwaltung	28 000	0	8 400	19 600
2021	Liegenschaften Stadt Zürich	477 800	0	350 000	127 800
2050	Human Resources Management	106 800	0	32 000	74 800
2051	Stadtweites Case Management am Arbeitsplatz	5 000	0	1 500	3 500
2080	Organisation und Informatik	115 000	0	34 500	80 500
2500	Sicherheitsdepartement Departementssekretariat	18 200	0	1 800	16 400
2525	Stadtrichteramt	40 000	0	4 000	36 000
3000	Gesundheits- und Umweltdepartement Departementssekretariat	86 000	0	34 400	51 600
3010	Städtische Gesundheitsdienste	240 600	0	72 200	168 400
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	413 300	0	124 000	289 300
3500	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Departementssekretariat	15 000	0	4 500	10 500
3515	Tiefbauamt	179 800	0	53 900	125 900
3560	ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Stadtreinigung	99 100	0	29 700	69 400
4000	Hochbaudepartement Departementssekretariat	269 000	0	80 700	188 300
4015	Amt für Städtebau	115 000	0	34 500	80 500
4020	Amt für Hochbauten	172 000	0	51 600	120 400
4035	Amt für Baubewilligungen	215 000	0	64 500	150 500
4040	Immobilien Stadt Zürich	31 000	0	9 300	21 700
5000	Schul- und Sportdepartement Departementssekretariat	85 500	0	25 700	59 800
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	2 517 000	0	755 100	1 761 900
5010	Schulamt	195 400	0	58 600	136 800
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	101 000	0	30 300	70 700
5050	Schulgesundheitsdienste	36 600	0	11 000	25 600
5063	Fachschule Viventa	147 200	0	44 200	103 000
5500	Sozialdepartement Departementssekretariat	14 900	0	4 500	10 400
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	100 000	0	30 000	70 000
5520	Laufbahnenzentrum	180 800	0	54 200	126 600
5550	Soziale Dienste	391 000	1 000	117 600	274 400
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	131 500	0	39 500	92 000
	Total	8 311 900	1 000	2 697 600	5 615 300

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 007.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Cathrine Pauli (FDP): Es handelt sich um eine Vielzahl an Kleinausgaben: Irgendwelche Abonnemente irgendwelcher Zeitschriften und Zeitungen, die vor Jahren einmal für irgendjemanden angeschafft wurden. Es handelt sich um Ausgaben, die normalerweise unter dem Radar von Kontrolle und Einkauf sind. Es sind nur kleine Ausgaben, aber doch reden wir von einer Million Franken. Die kleinen Ausgaben sind in der Summe etwas Grosses. Wir wollen ein Exempel statuieren und zeigen, dass man auch an kleineren Orten sparen kann; wir fordern eine Einsparung von 220 000 Franken.

Felix Moser (Grüne): Es handelt sich um Beträge, die unter dem Radar durchgehen. Bei der Stadtpolizei sind 106 600 Franken budgetiert, wovon ein Fünftel gestrichen werden soll. Es handelt sich nicht nur um Zeitungsabonnemente. Die Hälfte dieses Betrags ist für den Bezug von Gesetzen online oder in Buchform vorgesehen, was ich als sinnvoll erachte. Bei den Städtischen Gesundheitsdiensten sind es 111 500 Franken. Es soll ebenfalls ein Fünftel gestrichen werden. 90 Prozent dieses Betrags sind für die Elternbriefe der Pro Juventute vorgesehen, die jeweils den jungen Eltern der Stadt Zürich zugestellt werden – dass diese ohne Diskussion gekürzt werden sollen, finde ich falsch. Die Mehrheit empfiehlt Ihnen mit dem Stadtrat zu stimmen.

S. -	10 3103 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Fachliteratur, Zeitschriften	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
007.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag				Mehrheit
					221 900	Minderheit
						Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
						Severin Pflüger (FDP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Reduktion um 20 %, Ausnahmen: «3000 Gesundheits- und Umweltdepartement Departementssekretariat»: zurück auf Budget 2020 sowie «5550 Soziale Dienste»: Reduktion um 40 %; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3103 00 000 Fachliteratur, Zeitschriften					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1007	Finanzkontrolle	7 000	0	1 400	5 600
1010	Ombudsstelle	9 000	0	1 800	7 200
1020	Stadtkanzlei	12 100	0	2 400	9 700
1025	Rechtskonsulent	17 500	0	3 500	14 000
1035	Datenschutzbeauftragte/r	7 000	0	1 400	5 600

1070	Stadtdamman- und Betreuungsdienste	43 200	0	8 600	34 600
1080	Friedensrichterinnen- und Friedensrichterämter	12 700	0	2 500	10 200
1500	Präsidialdepartement Departementssekretariat	5 000	0	1 000	4 000
1505	Stadtentwicklung	6 000	0	1 200	4 800
1506	Fachstelle für Gleichstellung	5 000	0	1 000	4 000
1510	Kultur	16 800	0	3 400	13 400
1530	Bevölkerungsamt	7 200	0	1 400	5 800
1565	Stadtarchiv	30 000	0	6 000	24 000
1575	Statistik Stadt Zürich	5 000	0	1 000	4 000
2000	Finanzdepartement Departementssekretariat	5 000	0	1 000	4 000
2015	Finanzverwaltung	4 900	0	1 000	3 900
2021	Liegenschaften Stadt Zürich	5 000	0	1 000	4 000
2050	Human Resources Management	15 800	0	3 200	12 600
2080	Organisation und Informatik	8 000	0	1 600	6 400
2500	Sicherheitsdepartement Departementssekretariat	5 700	0	1 100	4 600
2520	Stadtpolizei	106 600	0	21 300	85 300
2525	Stadtrichteramt	20 000	0	4 000	16 000
2550	Schutz & Rettung	84 800	0	17 000	67 800
2555	Dienstabteilung Verkehr	15 500	0	3 100	12 400
3000	Gesundheits- und Umweltdepartement Departementssekretariat	9 000	0	2 700	6 300
3010	Städtische Gesundheitsdienste	111 500	0	22 300	89 200
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	19 100	0	3 800	15 300
3500	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Departementssekretariat	6 000	0	1 200	4 800
3515	Tiefbauamt	24 700	0	4 900	19 800
4000	Hochbaudepartement Departementssekretariat	12 700	0	2 500	10 200
4015	Amt für Städtebau	15 000	0	3 000	12 000
4020	Amt für Hochbauten	19 000	0	3 800	15 200
4035	Amt für Baubewilligungen	7 100	0	1 400	5 700
4040	Immobilien Stadt Zürich	12 000	0	2 400	9 600
4500	Departement der Industriellen Betriebe Departementssekretariat	8 000	0	1 600	6 400
5000	Schul- und Sportdepartement Departementssekretariat	13 000	0	2 600	10 400
5010	Schulamt	93 500	0	18 700	74 800
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	5 000	0	1 000	4 000
5050	Schulgesundheitsdienste	8 600	0	1 700	6 900
5063	Fachschule Viventa	10 500	0	2 100	8 400
5500	Sozialdepartement Departementssekretariat	9 400	0	1 900	7 500
5510	Support Sozialdepartement	6 000	0	1 200	4 800
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	10 000	0	2 000	8 000
5520	Laufbahnenzentrum	8 000	0	1 600	6 400
5530	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde der Stadt Zürich	32 500	0	6 500	26 000
5550	Soziale Dienste	81 000	0	32 400	48 600
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	48 700	0	9 700	39 000
	Total	1 025 100	0	221 900	803 200

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 008.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Cathrine Pauli (FDP): Wir haben ein Postulat für die Reduktion von Arbeitsplätzen und zur Unterstützung von alternativen Arbeitsmodellen eingereicht. Dies hat zur Folge, dass es weniger Arbeitsplätze benötigt, dass weniger Büromöbel angeschafft werden müssen. Wir sind der Meinung, dass man Büromöbel durchaus länger behalten und bei diesem Konto gut sparen kann.

Felix Moser (Grüne): Der grösste Posten in diesem Kürzungsantrag ist bei Immobilien Stadt Zürich (IMMO), wo eine Million Franken bei einem Budget von 5,5 Millionen Franken gespart werden soll. Die IMMO kauft das gesamte Büromöbel für die Verwaltung und Schule ein, das sind Tische, Stühle, Schränke, Gestelle und Beleuchtungen. Es ist so, dass das nicht nur Sachen sind, die ersetzt werden müssen, sondern manchmal auch neue Sachen. Es ist einfach etwas viel, wenn man 20 Prozent kürzen möchte. Es gibt für die Mehrheit keinen offensichtlichen Grund, so streng einzufahren. Die 5 Millionen Franken wurden in den Rechnungen der letzten Jahre genutzt, der Bedarf ist also da.

Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): Die GLP stimmt bei den folgenden Anträgen mit der Minderheit, weil wir die FDP unterstützen und der Meinung sind, dass man weniger kaufen muss. Beim Unterhalt sind wir konsequenter als die FDP: Es braucht natürlich trotzdem die gleichen Mittel, wenn man die Möbel und Geräte häufiger nutzt.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG				
	3110 00 000	Anschaffung Büromöbel und -geräte				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
008.	Antrag Stadtrat		gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag			Mehrheit
					1 167 700	Minderheit
						Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
						Severin Pflüger (FDP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
			Begründung:	Reduktion um 20 %; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle		

3110 00 000 Anschaffung Büromöbel und -geräte					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
2021	Liegenschaften Stadt Zürich	5 000	0	1 000	4 000
2525	Stadtrichteramt	7 500	0	1 500	6 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	5 000	0	1 000	4 000

3560	ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Stadtreinigung	27 000	0	5 400	21 600
4040	Immobilien Stadt Zürich	5 600 000	0	1 120 000	4 480 000
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	170 000	0	34 000	136 000
5550	Soziale Dienste	10 000	0	2 000	8 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	14 000	0	2 800	11 200
	Total	5 838 500	0	1 167 700	4 670 800

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 009.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Cathrine Pauli (FDP): Wir wollen, dass es mehr Budget- und Ausgabendisziplin gibt und die Abteilungen mehr darauf schauen, was angeschafft wird.

Felix Moser (Grüne): Was genau angeschafft wird, wissen wir nicht überall. Im Departementssekretariat des Schul- und Sportdepartements sind die 17 000 Franken für den Ersatz von Kindermonitoren in den Schulzahnkliniken vorgesehen. Ich weiss nicht, ob da einer oder zwei weniger angeschafft werden sollen, das ist nicht sinnvoll. Beim Schulamt sollen auch 10 Prozent gespart werden. Dort geht es vor allem um Mehrkosten für die Anschaffung von verschiedenen Kommunikations- und Therapiegeräten in der Schule für Körper- und Mehrfachbehinderte und um Mehrkosten für Ersatzbeschaffungen von Braillezeilen und Brailledisplays in der Schule für Sehbehinderte. Wir finden es schwierig, wenn bei diesen Institutionen solche Anschaffungen gekürzt werden.

S. -	10 3111 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
009.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag			Mehrheit
		359 700			Minderheit
					Enthaltung
					Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
					Severin Pflüger (FDP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
					Walter Angst (AL)
		Begründung: Reduktion um 10 %; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3111 00 000 Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1510	Kultur	30 000	0	3 000	27 000
1530	Bevölkerungsamt	44 000	0	4 400	39 600
2080	Organisation und Informatik	57 000	0	5 700	51 300
2505	Parkgebühren	49 000	0	4 900	44 100

3010	Städtische Gesundheitsdienste	25 500	0	2 600	22 900
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	220 500	0	22 100	198 400
3515	Tiefbauamt	330 500	0	33 100	297 400
3560	ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Stadtreinigung	233 200	0	23 300	209 900
4015	Amt für Städtebau	78 000	0	7 800	70 200
4040	Immobilien Stadt Zürich	1 211 000	0	121 100	1 089 900
5000	Schul- und Sportdepartement Departe- mentssekretariat	17 000	0	1 700	15 300
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	465 000	0	46 500	418 500
5010	Schulamt	107 500	0	10 800	96 700
5050	Schulgesundheitsdienste	46 500	0	4 700	41 800
5063	Fachschule Viventa	62 800	0	6 300	56 500
5550	Soziale Dienste	200 000	3 000	20 300	182 700
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	413 700	0	41 400	372 300
	Total	3 591 200	3 000	359 700	3 234 500

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 010.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Cathrine Pauli (FDP): In der Rechnung 2019 hat die Stadt 7,3 Millionen Franken ausgegeben, in der Rechnung 2020 waren es 10 Prozent weniger und innerhalb von zwei Jahren ist das Budget um 25 Prozent auf 8,4 Millionen Franken angestiegen. Für uns ist die Kostensteigerung in diesen zwei Jahren nicht nachvollziehbar – wird Reserve eingebaut? Wir sind der Meinung, dass 7 Prozent gespart werden können, zum Beispiel indem man Einkäufe bündelt und Arbeitskleider departementsübergreifend anschafft, indem man Berufskleider nur wechselt, wenn sie beschädigt sind, oder indem man Textilien wie Vorhänge nicht mit einem «Züri-Finish» kauft.

Florian Utz (SP): Die grossen Ausgabenposten auf diesem Konto sind keine Vorhänge. Die grossen Ausgaben befinden sich bei der Stadtpolizei und bei Schutz & Rettung, sie machen rund 80 Prozent der von der FDP vorgeschlagenen Kürzung aus. Innerhalb dieser Ausgabenposten ist der grösste Einzelposten die Dienst- und Schutzbekleidung bei der Stadtpolizei. Es geht um etwas Sicherheitsrelevantes und die Mehrheit ist der Meinung, dass es unsere Pflicht ist, den Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten die Ausrüstung zu geben, die notwendig ist, um sich im Einsatz – wo die Polizei für die Sicherheit aller einsteht – zu schützen. Aus diesem Grund lehnt die Mehrheit den Antrag ab.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: Dieser Antrag zeigt exemplarisch, wie paradox solche pauschalen Kürzungen sein können. Bei den Dienstkleidern wirkt sich nicht die Beschaffung, sondern die Abgabe der Kleiderstücke an Mitarbeitende auf die Erfolgsrechnung des Kontos aus. Im Jahr 2022 sind die Ausgaben für eine zweite Tranche der Ordnungsdienst-Ausrüstung vorgesehen. Diese sind bereits bestellt und werden nächstes Jahr geliefert. Mit der Kürzung könnte nur ein Teil dieser Kleider an die Mannschaft ausgegeben werden. Der Rest muss dann im Lager bleiben, deswegen ergibt dieser Kürzungsantrag wenig Sinn.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3112 00 000	Anschaffung Kleider, Wäsche, Vorhänge			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
010.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
		450 300		Minderheit	Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
				Enthaltung	Walter Angst (AL)
		Begründung: Reduktion um 7 %; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3112 00 000 Anschaffung Kleider, Wäsche, Vorhänge					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1020	Stadtkanzlei	17 000	0	1 200	15 800
1530	Bevölkerungsamt	22 000	0	1 500	20 500
2520	Stadtpolizei	4 098 000	0	286 900	3 811 100
2550	Schutz & Rettung	1 182 500	0	82 800	1 099 700
2555	Dienstabteilung Verkehr	20 000	0	1 400	18 600
3010	Städtische Gesundheitsdienste	15 000	0	1 100	13 900
3515	Tiefbauamt	349 500	0	24 500	325 000
3560	ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Stadtreinigung	145 000	0	10 200	134 800
4040	Immobilien Stadt Zürich	260 000	0	18 200	241 800
5010	Schulamt	136 400	0	9 500	126 900
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	185 700	0	13 000	172 700
	Total	6 431 100	0	450 300	5 980 800

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 011.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Cathrine Pauli (FDP): Immaterielle Anlagen sind ein graues Thema. Das sind Vermögenswerte ohne physische Substanz, die zur Herstellung von Produkten, Erbringung von Dienstleistungen, Vermietung an Dritte oder zur Erfüllung von öffentlichen Aufgaben genutzt werden, zum Beispiel Informatiksoftware, Lizenzen, Markennutzungsrechte usw. Je mehr wir in diesem Bereich anschaffen, desto höher sind die Unterhaltskosten in den Folgejahren. Die Stadt hat ein Budget von 19 Millionen Franken. Wir meinen, dass wir eine Ausgabendisziplin haben sollen und schlagen eine Kürzung von 5 Prozent vor. Wenn man in die Detailkonten geht, sieht man klare Fehlbuchungen, zum Beispiel, dass Wartungsverträge für die Software auf diesem Konto verbucht werden, obwohl ein Wartungsvertrag keine Anschaffung, sondern ein Unterhaltsthema ist. Diese Konten werden

auch für Fehlbuchungen missbraucht, wenn man etwas auf einem anderen Konto nicht mehr zeigen möchte.

Florian Utz (SP): Es ist eine Kürzung ins Ungefähre. Ich habe nichts Konkretes gehört, das gekürzt werden soll. Falls es tatsächlich auf einem Konto eine Fehlbuchung gegeben hat, dann ist selbstverständlich die eine Fehlbuchung zu korrigieren und einen entsprechenden Antrag hätten wir selbstverständlich unterstützt.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3118 00 000	Anschaffung immaterielle Anlagen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
011.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
		1 012 900		Minderheit	Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
				Enthaltung	Walter Angst (AL)
				Begründung:	Reduktion um 5 %; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3118 00 000 Anschaffung immaterielle Anlagen					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1007	Finanzkontrolle	80 000	0	4 000	76 000
1020	Stadtkanzlei	50 000	0	2 500	47 500
1070	Stadtamtsfrau-/Stadtammann- und Betreibungsämter	497 600	0	24 900	472 700
1080	Friedensrichterinnen- und Friedensrichterämter	72 000	0	3 600	68 400
1505	Stadtentwicklung	75 000	0	3 800	71 200
1510	Kultur	73 200	0	3 700	69 500
1530	Bevölkerungsamt	145 800	0	7 300	138 500
1565	Stadtarchiv	120 000	0	6 000	114 000
1575	Statistik Stadt Zürich	250 000	0	12 500	237 500
2015	Finanzverwaltung	60 100	0	3 000	57 100
2021	Liegenschaften Stadt Zürich	50 000	0	2 500	47 500
2050	Human Resources Management	471 600	0	23 600	448 000
2080	Organisation und Informatik	11 968 300	2 200 000	708 400	13 459 900
2520	Stadtpolizei	571 000	0	28 600	542 400
2550	Schutz & Rettung	1 236 200	0	61 800	1 174 400
2555	Dienstabteilung Verkehr	28 000	0	1 400	26 600
3000	Gesundheits- und Umweltdepartement Departementssekretariat	27 000	0	1 400	25 600
3010	Städtische Gesundheitsdienste	300 000	0	15 000	285 000
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	232 100	0	11 600	220 500
3515	Tiefbauamt	313 500	0	15 700	297 800
3560	ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Stadtreinigung	45 000	0	2 300	42 700

4000	Hochbaudepartement Departementssekretariat	392 700	0	19 600	373 100
4015	Amt für Städtebau	140 000	0	7 000	133 000
5000	Schul- und Sportdepartement Departementssekretariat	350 000	0	17 500	332 500
5010	Schulamt	38 500	0	1 900	36 600
5063	Fachschule Viventa	31 900	0	1 600	30 300
5510	Support Sozialdepartement	362 000	0	18 100	343 900
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	72 500	0	3 600	68 900
	Total	18 054 000	2 200 000	1 012 900	19 241 100

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 012.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Cathrine Pauli (FDP): Jeder Franken, den die Stadt ausgibt, wird von den Steuerzahlern bezahlt. Seit dem Jahr 2019 ist das Konto um 75 Prozent angestiegen. Warum schaut niemand darauf? Wir haben nicht genügend Geld. Deswegen fordern wir eine moderate Kürzung um 5 Prozent von jenen Abteilungen mit grossem Budget.

Florian Utz (SP): Selbstverständlich muss man jeden Franken anschauen und selbstverständlich spricht nichts gegen einen Antrag, bei dem es sich um vergleichsweise kleine Beträge handelt. Jeder einzelne Franken muss zuerst über Steuern oder Gebühren eingenommen werden und auf Dauer kann nicht mehr ausgegeben werden, als eingenommen wird. Wir haben aber nicht gehört, was genau gekürzt werden soll. Der einzige grössere Betrag über 20 000 Franken liegt bei den Schulen. Ich weiss nicht, weshalb bei den Schulen 28 600 Franken gekürzt werden sollen.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3119 00 000	Anschaffung übrige nicht aktivierbare Anlagen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
012.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
		94 400		Minderheit	Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung: Reduktion um 5 %; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3119 00 000 Anschaffung übrige nicht aktivierbare Anlagen					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1510	Kultur	55 000	0	2 800	52 200

2520	Stadtpolizei	56 600	0	2 800	53 800
2550	Schutz & Rettung	104 000	0	5 200	98 800
3010	Städtische Gesundheitsdienste	29 700	0	1 500	28 200
5000	Schul- und Sportdepartement Departementssekretariat	65 000	0	3 300	61 700
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	370 000	0	18 500	351 500
5010	Schulamt	572 000	0	28 600	543 400
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	270 000	0	13 500	256 500
5063	Fachschule Viventa	23 900	0	1 200	22 700
5550	Soziale Dienste	90 000	2 000	4 600	87 400
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	248 500	0	12 400	236 100
	Total	1 884 700	2 000	94 400	1 792 300

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 013.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Cathrine Pauli (FDP): Im Jahr 2019 hat die Stadt für externe Berater und Fachexperten über 54 Millionen Franken in allen Abteilungen ausgegeben. Nun budgetiert sie 92 Millionen Franken, das sind 38,5 Millionen Franken oder satte 70 Prozent mehr als im Jahr 2019. Entweder ist die Stadtverwaltung grössenwahnsinnig geworden, denn sie wächst auch noch mit eigenem Personal, oder sie hat vergessen, dass es sich dabei um unsere Steuergelder handelt. Was bezweckt sie mit diesen vielen externen Beratern und gleichzeitigem Wachstum der Stadtverwaltung? Ich möchte nicht auf die 63 Abteilungen eingehen, aber wir haben sie ausführlich analysiert und sind zum Schluss gekommen, dass die geforderten Einsparungen von 23,5 Millionen Franken machbar sind. Das Budget ist auch mit dieser Forderung noch um 10 Millionen Franken höher als das Budget 2020, das sollte wirklich reichen.

Florian Utz (SP): In diesem Konto sind sehr unterschiedlichen Sachen budgetiert: externe Berater, Gutachter, Fachexperten. Über einzelne Aufträge kann selbstverständlich immer eine Diskussion geführt werden und da glaube ich durchaus, dass es zu einem Konsens kommt oder es eine Mehrheit gibt. Auf diesem Konto ist es aber so, dass der grosse Betrag, der gekürzt wird, bei Organisation und Informatik (OIZ) liegt: Dieser wird um über 10 Millionen Franken gekürzt. Wenn man die Auflistung anschaut, sieht man, dass das Geld vor allem für den Unterhalt der Software ausgegeben wird. Dass der Softwareunterhalt um 30 Prozent gekürzt werden kann, erscheint mir sehr optimistisch. Die OIZ-Ausgaben sind insgesamt explodiert, deswegen gibt es auch einige Anträge, bei denen es zu einem Konsens zwischen der FDP und einem Teil der Mehrheit kommt. Auf diesem Konto 30 Prozent zu kürzen, geht der Mehrheit aber deutlich zu weit.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3132 00 000	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
013.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
		23 512 300		Minderheit	Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung: Reduktion um 30 %, Ausnahmen: «2000 Finanzdepartement Departementssekretariat», «2015 Finanzverwaltung» und «2050 Human Resources Management»: Reduktion auf Niveau 2019/2020 sowie «3000 Gesundheits- und Umweltdepartement Departementssekretariat»: Reduktion um mehr als 30 % (Projekte Altersstrategie und Netto-Null sind abgeschlossen) sowie «2550 Schutz & Rettung» und «4500 Departement der Industriellen Betriebe Departementssekretariat»: Reduktion um 10 %, die Stadt Zürich ist kein Think Tank; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3132 00 000 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1000	Gemeinde	5 000	0	1 500	3 500
1005	Gemeinderat	313 000	0	93 900	219 100
1007	Finanzkontrolle	112 000	0	33 600	78 400
1010	Ombudsstelle	10 000	0	3 000	7 000
1020	Stadtkanzlei	1 169 000	0	350 700	818 300
1025	Rechtskonsulent	4 500	0	1 400	3 100
1035	Datenschutzbeauftragte/r	34 200	0	10 300	23 900
1070	Stadtamtsfrau-/Stadtammann- und Betreibungsämter	16 400	0	4 900	11 500
1080	Friedensrichterinnen- und Friedensrichterämter	63 600	0	19 100	44 500
1500	Präsidialdepartement Departementssekretariat	726 000	0	217 800	508 200
1505	Stadtentwicklung	855 000	0	256 500	598 500
1506	Fachstelle für Gleichstellung	44 000	0	13 200	30 800
1510	Kultur	311 000	0	93 300	217 700
1530	Bevölkerungsamt	340 000	0	102 000	238 000
1561	Stabstelle Projektstab Stadtrat im Präsidialdepartement	195 000	0	58 500	136 500
1565	Stadtarchiv	50 000	0	15 000	35 000
1575	Statistik Stadt Zürich	80 000	0	24 000	56 000
2000	Finanzdepartement Departementssekretariat	300 000	0	200 000	100 000
2015	Finanzverwaltung	512 500	0	300 000	212 500
2021	Liegenschaften Stadt Zürich	1 133 500	0	340 100	793 400
2050	Human Resources Management	994 400	0	350 000	644 400
2051	Stadtweites Case Management am Arbeitsplatz	42 000	0	12 600	29 400
2080	Organisation und Informatik	34 251 000	480 000	10 419 300	24 311 700

2500	Sicherheitsdepartement Departementssekretariat	107 100	0	32 100	75 000
2520	Stadtpolizei	2 959 700	0	887 900	2 071 800
2550	Schutz & Rettung	1 098 800	370 000	146 900	1 321 900
2555	Dienstabteilung Verkehr	35 000	0	10 500	24 500
3000	Gesundheits- und Umweltdepartement Departementssekretariat	1 346 000	0	673 000	673 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	2 316 900	- 812 300	451 400	1 053 200
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	5 465 500	0	1 639 700	3 825 800
3500	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Departementssekretariat	250 000	0	75 000	175 000
3501	Fonds des überkommunalen Strassennetzes	100 000	0	30 000	70 000
3515	Tiefbauamt	6 465 100	0	1 939 500	4 525 600
3560	ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Stadtreinigung	166 000	0	49 800	116 200
4000	Hochbaudepartement Departementssekretariat	4 944 700	50 000	1 498 400	3 496 300
4015	Amt für Städtebau	3 500 000	0	1 050 000	2 450 000
4020	Amt für Hochbauten	363 000	0	108 900	254 100
4035	Amt für Baubewilligungen	50 000	0	15 000	35 000
4040	Immobilien Stadt Zürich	1 100 000	0	330 000	770 000
4500	Departement der Industriellen Betriebe Departementssekretariat	1 427 000	0	142 700	1 284 300
5000	Schul- und Sportdepartement Departementssekretariat	198 600	0	59 600	139 000
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	10 000	0	3 000	7 000
5010	Schulamt	1 616 800	0	485 000	1 131 800
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	32 000	0	9 600	22 400
5050	Schulgesundheitsdienste	48 500	0	14 600	33 900
5063	Fachschule Viventa	45 200	0	13 600	31 600
5500	Sozialdepartement Departementssekretariat	649 200	0	194 800	454 400
5510	Support Sozialdepartement	384 000	0	115 200	268 800
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	104 000	0	31 200	72 800
5520	Laufbahnenzentrum	55 000	0	16 500	38 500
5530	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde der Stadt Zürich	900 000	0	270 000	630 000
5550	Soziale Dienste	485 000	0	145 500	339 500
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	507 400	0	152 200	355 200
	Total	78 292 600	87 700	23 512 300	54 868 000

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 014.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Cathrine Pauli (FDP): Was macht die Stadtverwaltung, dass sich der Unterhalt für Büromöbel und -geräte seit dem Jahr 2019 um 80 Prozent erhöht hat? Wir finden, wir haben in unserer Forderung einen sachten Umgang gewählt. Wir fordern nur eine Budgetreduktion von 47 000 Franken. Das meiste fällt beim Schul- und Sportdepartement an, aber wir

sind überzeugt, dass mit ein wenig Kostendisziplin Einsparungen gemacht werden können. Die Eigenwirtschaftsbetriebe haben wir ausgeschlossen, auch wenn wir der Meinung sind, dass Einsparungen auch dort den Steuerzahlern zugute kämen.

Florian Utz (SP): Es geht um eine schwergewichtige Kürzung bei entsprechendem Material in den Schulen. Da hat die Mehrheit volles Vertrauen in STR Filippo Leutenegger und glaubt, es gebe eine gute Ausgabendisziplin.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3150 00 000	Unterhalt Büromöbel und -geräte			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
014.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
		47 500		Minderheit	Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung: Reduktion um 25 %; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3150 00 000 Unterhalt Büromöbel und -geräte					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu
2525	Stadtrichteramt	10 000	0	2 500	7 500
3560	ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Stadtreinigung	5 000	0	1 300	3 700
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	150 000	0	37 500	112 500
5520	Laufbahnenzentrum	8 000	0	2 000	6 000
5530	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde der Stadt Zürich	4 000	0	1 000	3 000
5550	Soziale Dienste	5 000	0	1 300	3 700
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	7 700	0	1 900	5 800
	Total	189 700	0	47 500	142 200

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 015.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Cathrine Pauli (FDP): Wo machen die Servicefirmen am meisten Marge? Im Unterhalt, in den Serviceverträgen. Meistens haben wir Fixverträge, bei denen die Frequenz definiert wird. Wie oft ein Apparat oder eine Maschine gewartet wird, ist unabhängig davon, wie oft und intensiv ein Gerät oder ein Auto im Einsatz gewesen ist. Oft folgt man in den Wartungsverträgen den Empfehlungen der Original Equipment Manufacturer (OEM), die meistens unter den gesetzlich vorgeschriebenen Fristen liegen. Die Unterhaltstätigkeiten

werden meist nicht oder nicht ausreichend von den Kunden kontrolliert. Es lässt sich aus Sicht der Serviceanbieter gut Geld machen. Wir sind überzeugt, dass die Stadt mit einem Verhandlungsvolumen von 58 Millionen Franken dort ansetzen kann: bessere Verträge verhandeln, Wartungsfrequenzen an die Nutzungsintensität anpassen und die Art und Weise des Unterhalts ändern. Wir sind überzeugt, dass jede Abteilung genügend diszipliniert ist oder das Wissen hat, damit man Einsparungen von einer Million Franken erreichen kann.

Florian Utz (SP): Persönlich sind mir keine Beispiele bekannt, bei denen ich sagen würde, es ist ein unsinniger Wartungszyklus enthalten. Falls es solche Beispiele gibt, würden wir auch Hand bieten, um diesen Punkt näher anzuschauen oder gegebenenfalls entsprechende Kürzungen vornehmen. Pauschale Kürzungen um 10 Prozent über die grösseren Dienstabteilungen hinweg erscheinen uns allerdings nicht sinnvoll. Am stärksten betroffen ist die Stadtpolizei und es geht insbesondere um die Wartung der Streifenwagen. Da ist mir nichts von einem übermässigen Wartungszyklus bekannt und bei sicherheitsrelevanten Fragen erscheint uns eine Kürzung nicht sinnvoll, deswegen wird die Mehrheit von einer Kürzung ins Ungewisse absehen. Was man immer genau anschauen muss, ist, ob man mit Kürzungen im Unterhalt nicht häufigere oder schnellere Neuanschaffungen notwendig macht und ob sich das wirklich kostendämpfend auswirkt.

Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): Wie sauber diese Tabellen analysiert worden sind, sieht man an der Dienstabteilung Verkehr (DAV). Diese hat im November eine Falschbudgetierung korrigiert und 90 000 Franken vom einen auf das andere Konto verschoben. Der Betrag bezieht sich aber immer noch aufs Budget und nicht auf den reduzierten Novemberbrief.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3151 00 000	Unterhalt Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
015.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
		831 200		Minderheit	Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung: Reduktion um 10 %; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3151 00 000 Unterhalt Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1020	Stadtkanzlei	14 000	0	1 400	12 600
1510	Kultur	11 000	0	1 100	9 900
1530	Bevölkerungsamt	112 700	0	11 300	101 400
2080	Organisation und Informatik	1 341 800	0	134 200	1 207 600
2505	Parkgebühren	430 000	0	43 000	387 000
2506	Blaue Zonen	32 000	0	3 200	28 800
2520	Stadtpolizei	2 116 700	0	211 700	1 905 000

2550	Schutz & Rettung	1 020 300	0	102 000	918 300
2555	Dienstabteilung Verkehr	118 800	- 90 000	2 900	25 900
3010	Städtische Gesundheitsdienste	20 700	0	2 100	18 600
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	210 200	0	21 000	189 200
3515	Tiefbauamt	832 000	0	83 200	748 800
3560	ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Stadtreinigung	434 500	0	43 500	391 000
4015	Amt für Städtebau	34 000	0	3 400	30 600
4040	Immobilien Stadt Zürich	1 195 000	0	119 500	1 075 500
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	161 000	0	16 100	144 900
5010	Schulamt	38 200	0	3 800	34 400
5063	Fachschule Viventa	21 300	0	2 100	19 200
5550	Soziale Dienste	65 000	2 000	6 700	60 300
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	190 200	0	19 000	171 200
	Total	8 399 400	- 88 000	831 200	7 480 200

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 016.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Cathrine Pauli (FDP): Wir haben im Antrag 011. bereits über die Anschaffung von immateriellen Anlagen gesprochen, nun sprechen wir über den Unterhalt von immateriellen Anlagen. Logischerweise fordern wir als Konsequenz eine Reduktion um 5 Prozent. Seit dem Jahr 2019 ist auch dieses Konto von 22 Millionen Franken auf 30 Millionen Franken gewachsen. Wir denken, hier ist Luft, eine Million Franken zu sparen und auf dem Niveau des Jahres 2021 zu bleiben. Dies ist auch die Forderung, die wir stellen. Wir haben auch nur Abteilungen aufgeführt, bei denen wir fanden, es gäbe Einsparungspotenzial.

Florian Utz (SP): Die Mehrheit des Betrags entfällt auf Organisation und Informatik (OIZ). Wir haben wenig darüber gehört, was bei der Informatik gekürzt werden kann und in diesem Sinne lehnt die Mehrheit die Kürzung ins Ungefähre ab.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3158 00 000	Unterhalt immaterielle Anlagen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
016.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
		1 149 300		Minderheit	Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Reduktion um 5 %; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle		

3158 00 000 Unterhalt immaterielle Anlagen					
Institu- tion	Bezeichnung	Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
1005	Gemeinderat	56 400	0	2 800	53 600
1020	Stadtkanzlei	215 000	0	10 800	204 200
1500	Präsidialdepartement Departements- sekretariat	25 000	0	1 300	23 700
1510	Kultur	53 000	0	2 700	50 300
1565	Stadtarchiv	90 000	0	4 500	85 500
1575	Statistik Stadt Zürich	590 000	0	29 500	560 500
2000	Finanzdepartement Departementssekretariat	33 000	0	1 700	31 300
2015	Finanzverwaltung	62 200	0	3 100	59 100
2021	Liegenschaften Stadt Zürich	186 200	0	9 300	176 900
2050	Human Resources Management	24 900	0	1 200	23 700
2080	Organisation und Informatik	12 219 700	165 000	619 200	11 765 500
2505	Parkgebühren	20 000	0	1 000	19 000
2506	Blaue Zonen	175 000	0	8 800	166 200
2520	Stadtpolizei	2 312 000	0	115 600	2 196 400
2525	Stadtrichteramt	180 000	0	9 000	171 000
2550	Schutz & Rettung	2 077 500	- 416 500	83 100	1 577 900
3010	Städtische Gesundheitsdienste	120 000	0	6 000	114 000
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	132 100	0	6 600	125 500
3515	Tiefbauamt	85 000	0	4 300	80 700
3560	ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Stadtreinigung	48 700	0	2 400	46 300
4000	Hochbaudepartement Departements- sekretariat	631 100	0	31 600	599 500
4015	Amt für Städtebau	170 000	0	8 500	161 500
5000	Schul- und Sportdepartement Departe- mentssekretariat	2 000 000	- 250 000	87 500	1 662 500
5010	Schulamt	30 100	0	1 500	28 600
5510	Support Sozialdepartement	1 715 200	0	85 800	1 629 400
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	230 000	0	11 500	218 500
	Total	23 482 100	- 501 500	1 149 300	21 831 300

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 017.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Cathrine Pauli (FDP): Wir haben im Antrag 012. für eine Reduktion bei der Anschaffung mobiler Anlagen plädiert, logischerweise sind wir auch für eine Reduktion um 5 Prozent im Bereich Unterhalt, insgesamt 65 000 Franken. Ein unscheinbares, kleines Konto, das eine Kostenexplosion erfahren hat. Die Rechnung des Jahres 2019 zeigt Ausgaben von 2,1 Millionen Franken. Im Budget des Jahres 2022 sind wir bereits bei 2,9 Millionen Franken. Das sind 38 Prozent mehr. Das ist einfach ein Beispiel, bei dem wir nicht mehr nachvollziehen können, was die Stadt macht. So stark wachsen wir als Stadt und als

Stadtbevölkerung nicht und 65 000 Franken sparen sollte für eine Stadt, die anscheinend die Bodenhaftigkeit verloren hat und masslos geworden ist, machbar sein.

Florian Utz (SP): Mehr als ein Drittel der Kürzung liegt bei der Musikschule Konservatorium Zürich, ein weiterer Drittel bei Schutz & Rettung. Alle anderen Dienstabteilungen sind praktisch nicht betroffen. Im letzten Votum haben wir wenig dazu gehört, weshalb genau bei diesen Dienstabteilungen gekürzt werden soll und deswegen lehnen wir den Antrag ab.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3159 00 000	Unterhalt übrige mobile Anlagen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
017.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
		65 400		Minderheit	Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung: Reduktion um 5 %; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3159 00 000 Unterhalt übrige mobile Anlagen					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu
2520	Stadtpolizei	28 100	0	1 400	26 700
2550	Schutz & Rettung	392 800	0	19 600	373 200
3560	ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Stadtreinigung	32 500	0	1 600	30 900
4040	Immobilien Stadt Zürich	165 000	0	8 300	156 700
5000	Schul- und Sportdepartement Departementssekretariat	20 000	0	1 000	19 000
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	20 000	0	1 000	19 000
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	485 000	0	24 300	460 700
5550	Soziale Dienste	33 000	130 000	8 200	154 800
	Total	1 176 400	130 000	65 400	1 241 000

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 018.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Cathrine Pauli (FDP): Die Pandemie zeigt uns allen, dass ein Grossteil der Reisetätigkeit und der damit anfallenden Spesen aufgrund alternativer Zusammenarbeitsformen wegfallen. Wir sehen diesen Trend leider nicht im Budget 2022. Im Gegenteil: Das

Budget erhöht sich gegenüber dem Jahr 2021 von 21 auf 22 Millionen Franken. Wir sehen den Trend auch nicht, wenn wir die Zahlen mit denjenigen des Jahres 2019 vergleichen. Dort hatte die Stadt im Bereich Reisekosten und Spesen immerhin einen Viertel tiefere Kosten. Wir fordern deswegen ein radikales Umdenken. Weniger reisen erhöht nicht nur die Arbeitseffizienz, schliesslich ist Reisezeit auch Arbeitszeit, sondern reduziert auch den CO₂- Fussbadruck. Ich bedaure, dass wir auch in diesem Punkt keine Mehrheit gefunden haben. Ich mag mich sehr gut an die Richtplandebatte erinnern, bei der wir über die Optimierung von Pendlerströmen und Emissionen für unsere Umwelt gesprochen haben. Dies ist ein gutes Beispiel, bei dem wir die Stadt dazu bewegen könnten, neue Arbeitsformen mit weniger Reisen und weniger Ausgaben zu fördern.

Florian Utz (SP): Persönlich habe ich eine gewisse Grundsympathie für den Antrag, da tatsächlich inskünftig mehr über Videokonferenzen möglich sein wird, als dies in der Vergangenheit Praxis war. Was ich mir auch sehr gut vorstellen kann, ist, dass man inskünftig mehr mit der Bahn statt mit dem Flugzeug reist. Es gäbe tatsächlich ein gewisses Sparpotenzial. Wir lehnen den Antrag trotzdem ab. Zum einen finden wir, dass eine Kürzung von 40 Prozent sehr gross ist. Einiges wird über Videokonferenzen möglich sein, aber kaum 40 Prozent. Zum anderen erscheint die Auswahl der betroffenen Dienstabteilungen nicht ganz geglückt. Es sind interessanterweise auch nicht alle Dienstabteilungen dabei, zum Beispiel die Stadtpolizei, die durchaus nicht selten reist. Auch diese Ungleichbehandlung zwischen den Dienstabteilungen ist etwas, das die Mehrheit stört, weswegen sie diesen Antrag ablehnt.

Weitere Wortmeldung:

Cathrine Pauli (FDP): Der Form halber: Ich habe einen Fehler gemacht. Wir hatten eigentlich noch entschieden, dass wir die Position «Gemeinde» rausnehmen, denn es geht dort auch um unsere Verpflegung im Gemeinderat. Dies als Beispiel, dass wir die einzelnen Konten durchaus angeschaut haben und offen für Änderungsvorschläge aus den Departementen oder Parteien gewesen sind.

S. -	10 3170 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Reisekosten und Spesen		Betrag	Stimmen
		Verbesserung	Verschlechterung		
018.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
		2 447 500		Minderheit	Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung: Reduktion um 40 %, Ausnahmen: «2500 Sicherheitsdepartement Departementssekretariat», «2525 Stadtrichteramt», «2550 Schutz & Rettung» sowie «2555 Dienstabteilung Verkehr»: Reduktion um 10 %; weniger Reisen als Beitrag zur 2000-Watt-Gesellschaft, Nutzung elektronischer Möglichkeiten; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3170 00 000 Reisekosten und Spesen					
Institu- tion	Bezeichnung	Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
1007	Finanzkontrolle	35 000	0	14 000	21 000
1010	Ombudsstelle	19 500	0	7 800	11 700
1015	Stadtrat	249 400	0	99 800	149 600
1020	Stadtkanzlei	58 000	0	23 200	34 800
1025	Rechtskonsulent	18 700	0	7 500	11 200
1035	Datenschutzbeauftragte/r	11 000	0	4 400	6 600
1070	Stadtamtsfrau-/Stadtammann- und Betrei- bungsämtler	174 200	0	69 700	104 500
1080	Friedensrichterinnen- und Friedensrichter- ämter	32 600	0	13 000	19 600
1500	Präsidialdepartement Departements- sekretariat	50 000	0	20 000	30 000
1505	Stadtentwicklung	123 000	0	49 200	73 800
1506	Fachstelle für Gleichstellung	7 000	0	2 800	4 200
1510	Kultur	124 400	0	49 800	74 600
1530	Bevölkerungsamt	98 000	0	39 200	58 800
1561	Stabstelle Projektstab Stadtrat im Präsidial- departement	25 000	0	10 000	15 000
1565	Stadtarchiv	20 000	0	8 000	12 000
1575	Statistik Stadt Zürich	25 000	0	10 000	15 000
2000	Finanzdepartement Departementssekretariat	37 500	0	15 000	22 500
2015	Finanzverwaltung	39 100	0	15 600	23 500
2021	Liegenschaften Stadt Zürich	55 000	0	22 000	33 000
2050	Human Resources Management	116 200	0	46 500	69 700
2051	Stadtweites Case Management am Arbeitsplatz	18 900	0	7 600	11 300
2080	Organisation und Informatik	250 000	0	100 000	150 000
2500	Sicherheitsdepartement Departements- sekretariat	60 000	0	6 000	54 000
2506	Blaue Zonen	4 000	0	1 600	2 400
2525	Stadtrichteramt	41 500	0	4 200	37 300
2550	Schutz & Rettung	735 300	0	73 500	661 800
2555	Dienstabteilung Verkehr	89 000	0	8 900	80 100
3000	Gesundheits- und Umweltschutzdepartement Departementssekretariat	48 000	0	19 200	28 800
3010	Städtische Gesundheitsdienste	107 600	0	43 000	64 600
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	153 900	0	61 600	92 300
3500	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Departementssekretariat	21 000	0	8 400	12 600
3515	Tiefbauamt	209 800	0	83 900	125 900
3560	ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Stadtreinigung	17 500	0	7 000	10 500
4000	Hochbaudepartement Departements- sekretariat	70 000	0	28 000	42 000
4015	Amt für Städtebau	180 000	0	72 000	108 000
4020	Amt für Hochbauten	219 000	5 500	89 800	134 700
4035	Amt für Baubewilligungen	81 000	0	32 400	48 600
4040	Immobilien Stadt Zürich	280 000	0	112 000	168 000
4500	Departement der Industriellen Betriebe Departementssekretariat	60 000	0	24 000	36 000

5000	Schul- und Sportdepartement Departementssekretariat	57 300	0	22 900	34 400
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	6 000	0	2 400	3 600
5010	Schulamt	1 838 100	0	735 200	1 102 900
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	108 700	0	43 500	65 200
5050	Schulgesundheitsdienste	73 200	0	29 300	43 900
5063	Fachschule Viventa	45 200	0	18 100	27 100
5500	Sozialdepartement Departementssekretariat	73 800	0	29 500	44 300
5510	Support Sozialdepartement	42 000	0	16 800	25 200
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV zur AHV/IV	40 000	0	16 000	24 000
5520	Laufbahnenzentrum	48 000	0	19 200	28 800
5530	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde der Stadt Zürich	220 000	0	88 000	132 000
5550	Soziale Dienste	290 000	0	116 000	174 000
	Total	6 807 400	5 500	2 447 500	4 365 400

Cathrine Pauli (FDP) beantragt für den Antrag der Mehrheit neu eine Kürzung um 2 447 500 Franken und damit die Streichung der Institution «1000 Gemeinde» aus der Tabelle.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG

Antrag 019.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Cathrine Pauli (FDP): *Wir wissen aus Erfahrung, dass jedes Jahr Stellen nicht oder erst später im Jahr besetzt werden. Deswegen stellt die Mehrheit den Antrag für einen Pauschalabzug von sogenannt nicht-besetzten Stellen: Stellen, die zwar auf dem Stellenplan, aber eben nicht besetzt sind.*

Walter Angst (AL): *Wir wissen es, STR Daniel Leupi hat es heute gesagt: Wenn wir 10 Millionen Franken streichen, geschieht gar nichts. Es wird genauso weitergearbeitet wie bisher, es wird nicht einmal ein Reporting gemacht. Das ist richtig so, denn es bringt gar nichts. Wir haben über mehrere Jahre versucht dies einzuführen, aber nicht das Ergebnis erhalten, das wir wollten. Es gibt eine interessante Konstellation. Der Antrag wird nicht nur von der FDP unterstützt. Wir haben eine bunte Mischung mit GLP und SP, die unterschiedliche Interessen verfolgen. Die FDP hofft, dass irgendwann die Steuern gesenkt werden können, wenn die Budgetdefizite rausgekürzt worden sind. Die GLP sagt, sie stimme nur zu, wenn der genau gleiche wie vom Stadtrat beantragte Betrag der laufenden Rechnung enthalten ist. Die SP hat Druck zu schauen, dass wir nicht über 200 Millionen Franken ins Minus geraten und stimmt diesem Antrag deswegen zu. Solche Spiele sind eines Gemeinderats nicht würdig und wir lehnen den Antrag deswegen gemeinsam mit den Grünen ab.*

Weitere Wortmeldungen:

Florian Utz (SP): Es wurde doch etwas viel hinein interpretiert. Dies ist kein Antrag, um 100 Stellen zu streichen, sondern er nimmt vorweg, was sowieso geschieht. Nämlich, dass nicht alle Stellen unmittelbar besetzt werden können, weil man das Personal nicht findet. Darum gibt es gewisse Intervalle, in denen die Stadt Kosten spart, damit die Rechnung besser abschneidet. In diesem Sinn handelt es sich um einen Antrag, der das Budget der effektiven Rechnung angleicht. Wir haben dies in den letzten Jahren oft erlebt: Die Rechnung hat rund 100 Millionen Franken besser abgeschnitten als das Budget. Dies ist deswegen ein Antrag zur Budgetwahrheit. Aus Sicht der SP spricht nichts dagegen, dass man das abbildet, was mutmasslich herauskommen wird und deswegen stimmen wir dem Antrag zu.

Sven Sobernheim (GLP): Es ist mir neu, dass die AL Luft im Budget möchte. Früher hat der Stadtrat selbst Geld eingestellt. Es ist ein Weiterführen einer realistischeren Budgetierung, daher unterstützen wir den Antrag.

Ernst Danner (EVP): Es ist sehr verführerisch ohne grossen Aufwand 10 Millionen Franken zu sparen, aber ich möchte doch bitten, dieser Versuchung zu widerstehen. Ich möchte auf das Argument von Walter Angst (AL) hinweisen: Gespart wird nichts. Aber es hilft denen, die Mehrausgaben durchbringen möchten, da wir 10 Millionen Franken «reinholen» können. Eigentlich müsste die FDP schauen, dass der Antrag nicht durchkommt, weil er hilft, die Mehrausgaben, die beschlossen werden, zu verschleiern.

S. -		10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
		1060	Gesamtverwaltung			
		3010 00 203	Pauschalabzug nicht besetzte Stellen			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
019.	Antrag Stadtrat				0 Minderheit	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne)
			10 000 000		-10 000 000 Mehrheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Cathrine Pauli (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
			Begründung: Pauschalabzug für nicht besetzte Stellen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 32 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 020.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Die Coronakrise hat viele Menschen hart getroffen. Besonders getroffen wurden viele Pflegerinnen und Pfleger, die in den zahlreichen Coronawellen unermüdlich Grossartiges geleistet haben. Die SP ist deswegen der Meinung, dass diese grossartige Leistung honoriert werden soll. Auch finanziell. Deswegen haben wir

einen Antrag für eine Einmalzulage für das Pflegepersonal in der Höhe von bis zu 2000 Franken gestellt. Wir möchten dem Stadtrat Spielraum lassen und haben den Antrag deswegen bewusst auf einem allgemeinen Konto gestellt. Auch Ärztinnen und Ärzte, die auf den Intensivabteilungen tätig sind, und einzelne städtische Angestellte sind von der Coronapandemie besonders betroffen. Wir möchten dem Stadtrat ebenfalls Spielraum in Bezug auf die genaue Prämie für einzelne Person lassen. Es gibt auch Personen die stark, aber nicht ganz so stark betroffen sind. Dort könnte eine Prämie von 1000 oder 1500 Franken ausbezahlt werden. Unser Ziel ist es, den besonders betroffenen Pflegerinnen und Pflegern eine Prämie von bis zu 2000 Franken zu ermöglichen. Der Antrag wurde auch durch die Annahme der Pflegeinitiative gestärkt. Leider hat es im Gemeinderat nicht die Bewegung gegeben, die wir uns erhofft haben. Die Grünen stimmen zu, die AL bleibt in der Enthaltung und die bürgerlichen Parteien haben ein klares Nein kommuniziert. Persönlich halte ich dies nicht für angemessen. Wir sind deswegen in der unangenehmen Situation, dass wir entweder unseren Antrag reduzieren müssen oder dass die Prämie nicht durchkommt. Deswegen sind wir bereit, der AL eine Brücke zu bauen und reduzieren diesen Antrag hiermit von 10 Millionen Franken auf 5 Millionen Franken. Dementsprechend ist die Begründung der Prämie von bis zu 2000 Franken auf bis zu 1000 Franken anzupassen. Das ist ein Schritt, der uns schmerzt, aber wir machen ihn, um keine Nullrunde für das Pflegepersonal zu riskieren, um wenigstens eine Prämie von 1000 Franken zu ermöglichen, die mehr als verdient ist.

Sven Sobernheim (GLP): Ich kann mir gar nicht erklären, weshalb Florian Utz (SP) nicht sachlich und nüchtern gesprochen hat, sondern in eine Theatralik verfallen ist, die ich von ihm so nicht kenne. Ich kehre zur Sachlichkeit zurück und sage Ihnen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung beim Ja zur Pflegeinitiative grundsätzliche Probleme und keine einmaligen Probleme lösen wollte. Wenn sie eine Einmaligkeit gewollt hätte, hätte sie für ein Ja zum Gegenvorschlag gestimmt. Eine Einmalzulage ist für Einmaliges gedacht. Den Antrag der SP gab es bereits im letzten Jahr. Wir bleiben bei der Minderheit und sagen Ja zu einer starken Pflege und zum Programm, das der Stadtrat ausgearbeitet hat. Nein sagen wir zu dieser Einmaligkeit.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Wir haben auf der Extrafahne den Antrag gestellt, diesen Betrag auf 3 Millionen Franken festzusetzen und 500 Franken Prämie auszubezahlen. Wir sind bereit, bei 5 Millionen Franken zuzustimmen, möchten aber doch festhalten, dass unserer Meinung nach der von Sven Sobernheim (GLP) angedeutete Weg über dauerhafte Verbesserungen der Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals in den Spitälern, aber auch in den Alters- und Pflegezentren, der richtige ist. Auf diesen Weg hat man sich mit den Massnahmen zur Verbesserung in der Pflege gemacht. Das ist die Antwort, die die Leute, die in der Pflege arbeiten, benötigen. Sie brauchen stabile Schichtpläne, Erholungszeit, genügend Personal, so dass keine Überstunden und Extraschichten geleistet werden müssen. Das schafft man nicht mit einem Coronapflaster. Es ist richtig, dass das eine das andere nicht ausschliesst. Es ist aber so, dass mit solchen Einmalzulagen auch immer wieder Ungerechtigkeiten geschaffen werden. Die einen erhalten etwas, die anderen nicht. Das ist nicht das, was wir unter einer kohärenten Personalpolitik verstehen und grundsätzlich kann ich aus gewerkschaftlicher Sicht sagen, dass Einmalzulagen eher «des Teufels» sind, es braucht Lohnerhöhungen. Aber wir stimmen den 5 Millionen Franken zu.

Felix Moser (Grüne): Die Grünen setzen sich bei diesem Budget auf zwei Arten für die Betroffenen in der Pflege ein. Zum einen für das Personal, das in der Pflege arbeitet und immer noch stark belastet ist. Wir stimmen der Prämie über 5 Millionen Franken zu, auch wenn uns die 10 Millionen Franken lieber gewesen wären. Wir möchten, dass

diese Prämie insbesondere für die Mitarbeitenden, die tiefe Löhne haben, ausgezahlt wird. Wir wären froh, wenn der Stadtrat dies so aufnehmen könnte. Der zweite Punkt sind die nachhaltigeren Lösungen, es geht um Stellen in der Pflege. Es ist uns sehr wichtig, dass dort Lösungen gefunden werden und wir mehr Stellen schaffen können, um die Leute, die dort arbeiten, zu entlasten. Das werden wir anschliessend diskutieren. Mit der Einmalzahlung und mit den langfristigen Lösungen im Bereich Stellen denken wir, können wir eine gute Sache hinkriegen, um die Leute in der Pflege zu entlasten.

David Alan Sangines (SP): *Wenn wir eine Vorschau machen, wer in der Pflege und im Gesundheitswesen Anträge stellt, können wir dies gerne fortsetzen – wobei einige offenbar aus schlechtem Gewissen gegen eine Einmalzulage von 2000 Franken sind. Wir kommen noch zu den Anträgen, die eine grundsätzliche Veränderung bewirken sollen. Ich muss zu deinem zweifelhaften Nachhaken eines Gemeinderats sagen, Sven Sobernheim (GLP), dass die Situation nicht dazu da ist, sich darüber lustig zu machen. Ich finde es etwas verlogen, dass ihr sagt, ihr seid für Grundsätzliches, aber weshalb nicht beides möglich ist, habt ihr nicht erklärt. Eigentlich ist es sogar noch zu sehr beschönigt, weil ihr sämtliche Anträge in diesem Budget, in denen die Pflege unterstützt und verbessert werden soll, ablehnt. Ihr unterstützt keinen einzigen! Wofür haben wir denn ein Konto mit dem Namen Einmalzulagen? Dann müsste man konsequent sein und beschliessen, dass niemandem mehr Einmalzulagen ausbezahlt werden. Zu zeigen, dass ihr nicht so weit gehen wollt wie die SP, und sie in die Knie zwingt, weil ihr wisst, dass sie einer Einmalzulage sowieso zustimmen wird, finde ich schwierig. Schade erreichen wir keine 2000 Franken, aber wenigstens 1000 Franken. Ich danke der AL, dass sie uns die Hand reicht, aber der GLP danke ich für gar nichts.*

Sven Sobernheim (GLP): *Die GLP hat die Pflegeinitiative unterstützt, weil wir grundsätzlich ein Problem sehen. Es ist auch so, dass wir das Programm des Stadtrats zur Stärkung der Pflege unterstützen. Wenn Sie nun korrigierend ins Budget eingreifen oder meinen, Sie wissen es besser als der Stadtrat muss ich sagen, dass die GLP zurückhaltend ist. Das ganze Konstrukt Gesundheitswesen ist ein sehr wackliges und wir sind deswegen nicht endlos gut darin zu wissen, wie sich ein Schnellschluss auf die Spitalliste auswirkt. Deswegen sind wir für die Konsistenz, für Weisungen, für eine saubere Debatte und nicht für Budgetanträge.*

Isabel Garcia (GLP): *Ich möchte auf etwas anderes zu sprechen kommen. Es geht nicht nur um das Gesundheitswesen und die Pflege. Ich möchte daran erinnern, dass es knapp zwei Jahre her ist, dass wir das neue städtische Lohnsystem besprochen und Teppichetagen zügig und üppig bestückt haben. Dort wäre die Möglichkeit gewesen die Berufe, wovon die Pflege selbstverständlich ein sehr wichtiger ist, auf Dauer strukturell zu verbessern, nicht mit einer einmaligen Prämie. Dort haben sich die Linken verweigert, diese besser zu stellen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Das Gesundheitspersonal, aber auch gewisse Mitarbeitende in anderen Departementen und Dienstabteilungen waren in den letzten zwei Jahren ausserordentlich gefordert. Sie haben insgesamt eine hervorragende Arbeit geleistet. Die Situation bleibt kritisch, die Hospitalisierungen nehmen zu, insbesondere die Konsequenzen Omikrons sind nach wie vor unklar. Das heisst, die Belastung bleibt. Das ist verdankenswert und mir ist klar, dass Klatschen nicht reicht. Es sind verschiedene Massnahmen in die Wege geleitet worden nebst einem Ja zur Pflegeinitiative und nebst den Motionen, die sie uns vor kurzem überwiesen haben und an deren Ausarbeitung wir intensiv dran sind. Es ist klar, dass wir dort ansetzen müssen. Die einmaligen Prämien*

sind schlussendlich nicht nachhaltig. Wir arbeiten intensiv am Projekt «Stärkung Pflege» und werden verschiedene Massnahmen präsentieren. Seien sie dort kritisch und schauen sie diese genau an. Dort geht es um nachhaltige Verbesserungen an der Situation der Pflege: Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Pool-Lösungen, Überprüfung der Ausbildungen und Ausbildungsstellen sowie nicht zuletzt die Überprüfung der Funktionseinstufung, die wir machen werden. Sie möchten uns nun 5 oder 10 Millionen Franken überwiesen, die nicht nachhaltig eingesetzt sind. Natürlich ist es eine schöne Geste, wenn wir das machen können. Ich möchte sie daran erinnern, dass sie dem Stadtspital später für 14 Millionen Franken zusätzliche Stellen sprechen. Das heisst, nebst 14 Millionen Franken wollen sie das Defizit der Gesundheitsinstitutionen nun noch mit 5 oder 10 Millionen Franken zusätzlich finanziell belasten. Ich bitte Sie dies zu berücksichtigen und beim Projekt «Stärkung Pflege» im Frühling zu investieren. Dann haben wir viel Nachhaltigeres erreicht.

Einmalzulage: Betrifft den nachfolgenden Antrag Nr. 20 sowie die Anträge Nrn. 58 und 59 (GUD)

S. 119	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG				
	1060	Gesamtverwaltung				
	3049 00 200	Sammelkredit Einmalzulagen				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
020.	Antrag Stadtrat			0	Minderheit	Sven Sobernheim (GLP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Johann Widmer (SVP)
			5 000 000	5 000 000	Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
					Enthaltung	Walter Angst (AL)
		Begründung: Einmalzulage von bis zu Fr. 1000 für das infolge der Corona-Pandemie besonders belastete Personal, insbesondere in der Pflege				

Florian Utz (SP) beantragt für den Antrag der Mehrheit neu eine Erhöhung um 5 000 000 Franken.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

PRÄSIDIALDEPARTEMENT

Antrag 021.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Sven Sobernheim (GLP): Am 14. März 2018 hat der Stadtrat eine Medienmitteilung veröffentlicht, in der er das Postulat zur Verwaltungsreform ablehnte. Der Titel war: «Effizienzüberprüfung ist Daueraufgabe». Der Stadtrat hat in der Debatte immer wieder

betont, dass er eigentlich die Reorganisation und die Optimierung in seiner Kompetenz als eine Daueraufgabe sieht und konstant daran ist. Darum ist uns unklar, was die neu zu schaffende Stelle genau machen soll, ausser dass die Daueraufgabe mehr Ressourcen benötigt. Aus unserer Sicht kann der Stadtrat dafür eingesetzt werden, die Reorganisation oder die Verwaltungsreform durchzuführen. Der Stadtrat sieht dies gemäss dem eigenen Stadtratsbeschluss anders. Er sieht den Stadtrat nicht als ein Gremium, das Reorganisationen machen darf. Eine Mehrheit des Gemeinderats findet, dass diese Daueraufgabe bereits stattfindet und mit bestehenden Ressourcen durchgeführt werden kann.

Walter Angst (AL): *Wir sind der Meinung, dass diese Stelle durchaus geschaffen werden kann. Ich gebe allerdings zu, dass es eine Bewegung zur Mehrheit gibt, die Sven Sobernheim (GLP) angedeutet hat. Ich nehme an, dass die anderen in der Enthaltung sind. Wir schauen, was nun passiert.*

Weitere Wortmeldungen:

Alan David Sangines (SP): *Die SP war in der Enthaltung. Wir sind aber auch der Meinung, dass wir keine Stelle auf Vorrat schaffen wollen. Wir haben eine Differenz zur Begründung der GLP. Wir sind der Meinung, dass wir konkret schauen müssen, was die Verwaltungsreform mit sich bringt. Das Präsidialdepartement hat gesagt, die Stelle sei vorsorglich eingestellt worden, weil die konkreten Vorhaben noch von der Verwaltungsreform abhängig seien. Der Meinungsbildungsprozess zu dieser Verwaltungsentwicklung ist noch nicht abgeschlossen. Sobald dieser abgeschlossen ist und wir das Resultat sehen, soll darüber gesprochen werden, ob eine weitere Stelle benötigt wird, die dann über einen Nachtragskredit beantragt werden kann. Wir folgen nun dem Antrag der GLP, sind aber nicht so absolut und sagen, dass wir ihn mit bestehenden Ressourcen machen müssen.*

Felix Moser (Grüne): *Die Grünen sind der Meinung, dass der Stadtrat mit der Verwaltungsentwicklung vorwärts machen soll. Der vorliegende Bericht geht uns zu wenig weit. Für uns ist klar, dass es im Stadtrat eine Verwaltungsreform braucht, insbesondere um anstehende Themen wie die Neuordnung der Energiepolitik oder die Herausforderung von Netto-Null, die alle Departemente betrifft, besser bewältigen zu können. Diese Themen sind dringend und es wäre gut, wenn die Verwaltung entsprechend aufgestellt ist. Deswegen sind wir bereit, diese Stelle zu bewilligen. Im Departementssekretariat des Präsidialdepartements ist die Stelle sinnvoll angesiedelt. Im Projektstab ist es weniger gut, über Reformen zu sprechen. Uns ist es wichtig, dass die Ressourcen für die Verwaltungsreform vorhanden sind und wenn die Reform die Themen falsch aufgreift, werden wir uns bemerkbar machen und eingreifen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Der Gemeinderat hat dem Stadtrat ein Postulat überwiesen, in dem er einen Auftrag für die Durchführung einer Verwaltungsreform erteilt hat. Der Gemeinderat hat den Stadtrat aufgefordert das Postulat zu prüfen, der Stadtrat hat dies getan und einen ausführlichen Bericht vorgelegt. Diese Arbeiten möchte er weiterführen, was in diesem Bericht ausgeführt wurde. Für diese Arbeiten benötigen wir Ressourcen, die wir momentan nicht haben. Die zuständigen Stellen – Stäbe, Departementssekretariat – die den Lead in einem solchen Projekt übernehmen sollen, laufen seit fast zwei Jahren ziemlich am Anschlag, vor allem auch im Zusammenhang mit der Coronapandemie. Neben den Leuten an der Front in der Pflege darf nicht vergessen werden, dass auch in den Sekretariaten, wo das ganze Management der Auszahlungen im Kulturbe-*

reich und Prüfung von rechtlichen Ausgangslagen bei Hilfen geschieht, sehr viel Aufwand anfällt. Darum haben wir die zusätzlichen Ressourcen beantragt. Wir werden in diesem Fall mit einem Nachtragskredit auf Sie zu kommen, was dazu führen wird, dass die Arbeiten eine Verlangsamung erfahren. Wenn es eine Mehrheit gibt, werden wir dies selbstverständlich so machen.

S. 128	15	PRÄSIDIALDEPARTEMENT			
	1500	Präsidentialdepartement			
	3010 00 000	Departementssekretariat			
		Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
021.	Antrag Stadtrat			3 338 300 Minderheit	Walter Angst (AL) Referent
		100 000		3 238 300 Mehrheit	Sven Sobernheim (GLP) Referent, Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP)
				Enthaltung	Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Verzicht auf die zusätzliche Stelle Verwaltungsentwicklung. Dies soll mit den bestehenden Ressourcen, z. B. durch den Projektstab Stadtrat, realisiert werden.		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 022.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): *Rassismus im öffentlichen Raum (RiöR) ist die neuste Gruppe des Präsidentialdepartements (PRD) für die Stadtbildsäuberung. Sprich für alles, was nicht mehr ins zeitgemässe Wertesystem der rot-grünen Mehrheit dieses Parlaments passt. Die Gruppe RiöR fordert, dass man an der Erinnerungskultur arbeitet und will 80 000 Franken für Honorare für Externe, die unter anderem eine Unterrichtseinheit erarbeiten sollen. Wir sind so weit, dass die Stadt Zürich ihr Gedankengut bereits in fixfertigen Schullektionen vermittelt. Das macht mich nachdenklich und traurig. Die SVP hat die Hochbaukommission vor Monaten gebeten, dass die Denkmalpflege der Stadt Zürich eine Stellungnahme zu den Erkenntnissen der RiöR abgibt. Es kommt auch nach erneutem Nachfragen keine Antwort. Wir können damit warten, die Ideologie in die Schulzimmer zu tragen, weswegen ich Sie bitte, dem Budgetantrag zuzustimmen.*

Alan David Sangines (SP): *Dass die SVP etwas Mühe mit der Aufarbeitung und Erinnerungskultur der Stadt Zürich hat und traurig ist, kann ich verstehen. Vielleicht nicht aus denselben Gründen wie andere Menschen. Wir finden aber, es ist wichtig, dass sich jede Stadt mit ihrer Vergangenheit beschäftigt und diese aufarbeitet. So tragen Gebäude in der Stadt Zürich Namen, die für viele Menschen rassistisch und verletzend sind. Es geht auch darum herauszufinden, wie man damit umgeht. Die Berichte der Expertinnen- und Expertengruppe RiöR hat Empfehlungen für die Stadt ausgearbeitet und eine Mehrheit der RPK findet, man solle den Weg weitergehen. Es tut jeder Stadt gut, wenn sie ihre Vergangenheit aufarbeitet und wir danken dem PRD dafür, dass es*

die zahlreichen Vorstösse zu diesem Thema und die Forderungen aus der Bevölkerung ernst nimmt. Dafür ist es aber auch auf externe Unterstützung angewiesen und diese ist auf diesem Konto eingestellt. Dazu gehört beispielsweise ein Grundlagenbericht zur städtischen Erinnerungskultur oder Empfehlungen der Experten- und Projektgruppe. Was Stefan Urech (SVP) salopp als «unsere Ideologie in die Klassenzimmer zu tragen» formuliert hat, ist nicht geplant. Es wird etwas ausgearbeitet, das aber noch nicht spruchreif ist und die koloniale Vergangenheit der Stadt thematisieren soll. Wie dies geschehen soll, ist noch offen. Zu behaupten, wir würden damit eine Unterrichtseinheit machen, um den Schülerinnen und Schülern eine Ideologie aufzudrücken, finde ich sehr unpassend und eine völlig deplatzierte Unterstellung. Dies zeigt, wie sehr ihr auf beiden Augen blind seid, wenn es um die Aufarbeitung der Vergangenheit geht.

Weitere Wortmeldung:

Stefan Urech (SVP): Uns wurde unterstellt, wir hätten kein Interesse an historischer Aufarbeitung. Googeln sie den Bericht der Gruppe RiöR. Das hat mit Aufarbeitung nichts zu tun. Im ganzen Bericht ist von Historie und Geschichte überhaupt nichts zu lesen. Es wird ausschliesslich auf die Anschuldigungen des Kollektivs «Vo Da» reagiert, aber eine historische Aufarbeitung ist in all diesen Seiten nicht zu finden. Um diese historische Aufarbeitung habe ich bei der Denkmalpflege gebeten, aber sie kommt nicht. Die angesprochen Experten, die den Rassismus im öffentlichen Raum definieren, sind elf Menschen. Zehn davon sind weiss. Bevor ihr mit der Keule um euch schlägt, lest den Bericht und zeigt mir, wo in diesen 25 Seiten eine historische Aufarbeitung enthalten ist.

S. 129	15 1500 3132 00 000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Präsidentialdepartement Departementssekretariat Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
022.	Antrag Stadtrat			726 000	Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Sven Sobernheim (GLP)
		80 000		646 000	Minderheit	Susanne Brunner (SVP) Referentin, Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung: Verzicht auf das Vorhaben «Erinnerungskultur»				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 023.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Sven Sobernheim (GLP): Digitalisierung ist der GLP wie auch dem Stadtrat ein wichtiges Anliegen. Wir sind aber der Meinung, dass Organisation und Informatik (OIZ) unser ICT-Kompetenzzentrum in dieser Stadt sein soll. Ob die OIZ im Präsidential- oder im Finanzdepartement sein soll, ist uns egal, das liegt in der Kompetenz des Stadtrats. Wir wollen Digitalisierung in der OIZ.

Christian Huser (FDP): *Der schleichende Personalausbau geht in der Stadtentwicklung unaufhaltsam weiter: Unter dem Vorwand des Digitalisierungsprogramms Digi+ werden zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt. Wir sind klar der Meinung, dass die zusätzlich anfallenden Aufgaben auch vom bestehenden Personal bewerkstelligt werden können. Kein Wunder, dass die Verwaltung ständig mehr Mitarbeitende benötigt, wenn für jedes kleine Projekt zusätzlich Personal rekrutiert werden muss. Die anfallenden Projekte können nach der Wichtigkeit in Angriff genommen und nach hinten geschoben werden. So könnten locker 2000 Franken eingespart werden, man muss es einfach nur wollen.*

Alan David Sangines (SP): *Ich habe gut zugehört und versucht zu verstehen, was ihr eigentlich wollt. Die Anträge stehen schräg in der Landschaft. Dafür müssen wir zurückschauen, was der Gemeinderat im Jahr 2021 so getan hat. Der Stadtrat und das Präsidialdepartement (PRD) haben uns mit dem Nachtragskredit I. Serie für Digi+ 2,5 Stellen im PRD beantragt. Wir haben in der RPK Fragen gestellt und Stellenprofile verlangt und es gab in den Nachtragskrediten keinen einzigen Antrag, diese Stellen zu streichen. Wir haben sie bewilligt. Die Leute wurden angestellt und haben gutgläubig gedacht, sie können die Stelle antreten, und sechs Monate später möchte der Gemeinderat sie wieder entlassen. Das finde ich nicht seriös. Es verstösst gegen Treu und Glauben. Die GLP hat sich gewunden und gesagt, dies liege in der Hand des Stadtrats. Wenn das Konto angeschaut wird, weiss ich nicht, was gekürzt werden soll. Alle Stellen sind besetzt. Der Mehrbedarf sind die 2,5 schon geschaffenen Stellen im Nachtragskredit. Wenn ihr etwas kürzen wollt, müsst ihr sagen wo. Von diesem Mehraufwand, der beantragt wurde, gibt es noch einen kleinen Rest für Lohneinstufungen, aber das reicht nicht, um eure 330 000 oder 200 000 Franken Kürzung durchzubringen. Bitte erklärt uns konkret, wo diese 330 000 Franken bei voll besetzten Stellen gekürzt werden sollen. Ich appelliere an die Grünen und die AL: Die Stadt Zürich als Arbeitgeberin muss verlässlich sein. Wir riskieren, dass wir einen rechtlich unzulässigen Kürzungsantrag im Budget haben und provozieren mögliche Rechtsstreite.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Digi+ ist in enger Zusammenarbeit von OIZ und Smart City Zürich konzipiert worden und kombiniert die Stärken dieser zwei Organisationseinheiten. Die Rolle von Smart City Zürich, die in diesem Projekt weniger Ressourcen hat als bei der OIZ geschaffen werden, ist nach Ansicht des Stadtrats äusserst wichtig. Nur durch die departementsübergreifende Zusammenarbeit zwischen der OIZ und Smart City können die technischen Aspekte der Digitalisierung und die kulturellen Aspekte der digitalen Transformation berücksichtigt werden. Damit können Digitalisierungsvorhaben nah an den Bedürfnissen der Bevölkerung, den Nutzenden, umgesetzt werden. Neben dem Einsatz von digitalen Technologien und Applikationen geht es auch um eine ganzheitliche Betrachtung von Bedürfnissen der Kundinnen und Kunden. Technologisch an diese Themen heranzugehen, ist nicht der richtige Weg. Digitalisierung heisst immer auch Prozesse und Kulturen anders betrachten, Abläufe neu definieren und innovative Ansätze einfließen lassen. Das sind Stärken der Smart City-Abteilung, die ihr ganzes Know-how einbringen kann und vielleicht darf ich sie daran erinnern, dass diese Gruppe auf die Forderung in einer Motion der GLP gegründet wurde. Diese Kompetenzen einzubringen sind wichtig, wenn wir über eine forcierte Digitalisierung in der Verwaltung sprechen. Smart City Zürich hat begrenzte Ressourcen und wenn die Stellen nicht bewilligt werden, könnten sie sich nicht mehr ernsthaft in diesen Prozess einbringen. Der Stadtrat hat die Leitung des Projekts bewusst als Co-Leitung vergeben. Zudem hat er in beiden Abteilungen, besonders in der OIZ, zusätzliche Ressourcen geschaffen. Das grund-*

legende Problem dieser Anträge ist, dass beide rechtlich nicht zulässig sind. Der Stadtrat hat mit dem erwähnten Stadtratsbeschluss den Verpflichtungskredit für Digi+ gesprochen. Der Gemeinderat steuert Stellenneuschaffungen über seine Budgetkompetenz. Die Steuerung hat er mit der Bewilligung der Nachtragskredite am 14. Juli 2021 wahrgenommen und dieser Stellenschaffung zugestimmt. Darum sind diese Ausgaben für die neu besetzten Stellen gebunden. Interessanterweise hat mir ein Jurist aus ihren Reihen gesagt, er wisse, dass dies so sei, aber das gehöre zum Spiel. Ich zitiere Walter Angst (AL): «Solche Spiele sind des Gemeinderats nicht würdig, weshalb wir ablehnen.» Wenn diese Kürzung vorgenommen wird, müssten wir erwägen uns an den Bezirksrat zu wenden, damit das Recht eingehalten wird.

Weitere Wortmeldung:

Felix Moser (Grüne): Wir haben die Debatte angehört, mit der AL diskutiert und sind zum Schluss kommen, dass wir dem Konflikt aus dem Weg gehen und zum Stadtrat wechseln.

S. 130	15 1505 3010 00 000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
023.	Antrag Stadtrat				5 380 300	Minderheit 1 Alan David Sangines (SP) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP)
			333 000		5 047 300	Mehrheit Sven Sobernheim (GLP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Johann Widmer (SVP)
			200 000		5 180 300	Minderheit 2 Severin Pflüger (FDP) Referent, Cathrine Pauli (FDP)
		Begründung:	Mehrheit: OIZ soll das ICT Kompetenzzentrum sein. Nur so wird der grösste Nutzen bei diesem Querschnittsthema erbracht. Denn grundsätzlich soll Digitalisierung der Bevölkerung dienen / nützen. Minderheit 2: Die anstehenden Aufgaben lassen sich auch mit dem bestehenden Personal erledigen. Unwichtigere Aufgaben lassen sich auch verschieben.			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(5 380 300)	66 Stimmen
Antrag Mehrheit	(5 047 300)	33 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(5 180 300)	<u>20 Stimmen</u>
Total		119 Stimmen
= absolutes Mehr		60 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Minderheit 1 zugestimmt.

Antrag 024.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Es ist eine schöne Tradition der Stadt Zürich, dass sie international Solidarität zeigt. Im Budget geht dies zum einen über die Nothilfe und zum anderen über das Konto der Entwicklungszusammenarbeit. Diese Tradition ist schon vor vielen Jahrzehnten von der Stimmbevölkerung begründet worden und gerade im Jahr 2019 hat das Volk mit rund 70 Prozent Zustimmung beschlossen, dass man die Entwicklungszusammenarbeit ausbauen und inskünftig zwischen 0,3 und 1,0 Prozent Steuereinnahmen dafür einsetzen soll. Im vorliegenden Antrag geht es zuerst ums Nothilfekonto, dort wurden in den letzten Jahren jeweils 600 000 Franken budgetiert, um in Katastrophenfällen helfen zu können. Der Stadtrat beantragt nur ein Budget von 500 000 Franken und die Mehrheit möchte dieses Budget wiederum auf 600 000 Franken festsetzen.

Cathrine Pauli (FDP): Wir sehen keinen Grund, weshalb wir das Budget um 100 000 Franken verschlechtern sollen. Der Stadtrat hatte klare Gründe, weshalb er das Budget so eingestellt hat wie im Vorjahr.

S. 134	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT				
	1505	Stadtentwicklung				
	3638 00 100	Humanitäre Hilfe im Ausland				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
024.	Antrag Stadtrat			500 000	Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
			100 000	600 000	Mehrheit	Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)
		Begründung:	Gleiches auszahlbares Budget für humanitäre Hilfe wie im Vorjahr			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 025.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Florian Utz (SP): Es geht um das Konto für Entwicklungszusammenarbeit. Nach dem Volks-Ja wurde die Entwicklungszusammenarbeit der Stadt neu aufgestellt und vom Finanzdepartement ins Präsidentsdepartement in die Dienstabteilung Stadtentwicklung transferiert. In dieser Neuaufstellung sollen auch Städtepartnerschaften möglich sein. In diesem Zusammenhang hat die Stadtentwicklung 600 000 Franken für Drittaufträge,

Machbarkeitsstudien und entsprechende Aufträge eingestellt. Als Antragstellende begrüssen wir die Neuaufstellung dieser Entwicklungszusammenarbeit und glauben, dass es spannende Projekte, spannende Chancen geben wird. Wir sind der Meinung, dass diese 600 000 Franken, die für Machbarkeitsstudien ausgegeben werden, nicht abgezogen werden sollen von diesen Geldern, die real für die Entwicklungszusammenarbeit ausbezahlt werden. Deswegen beantragen wir, dass auf dem Konto mit den Geldern, die real in die Entwicklungsländer ausbezahlt werden, weiterhin 8 Millionen Franken budgetiert werden sollen. Unabhängig davon, ob man die 0,6 Millionen Franken hinzuzählt oder nicht, sind wir immer noch unter dem Mittelwert, den wir der Bevölkerung versprochen haben: 5 bis 18 Millionen Franken hat man der Bevölkerung versprochen, der Mittelwert liegt bei 11,5 Millionen Franken. Die Bevölkerung hat diesem Mittelwert zugestimmt, weswegen ich für die Zustimmung danke.

Cathrine Pauli (FDP): *Wir sind gegen diese Verschlechterung um 600 000 Franken. Ich vertrete die Meinung des Stadtrats und übergebe Sven Sobernheim (GLP) und Përparim Avdili (FDP) für die Begründung.*

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): *Eigentlich wollte ich betonen, um was es geht und nicht die Mehrheit vertreten. Es wurde in der Weisung vom Präsidialdepartement bis zum Finanzdepartement transparent ausgewiesen, dass man die Gelder so verwenden wird. Es war auch klar, dass diese nicht wie bisher im Finanzdepartement budgetiert werden. Darum unterstützen wir, was in der Weisung angekündigt wurde und sind beim Stadtrat, weil wir nicht die Bedingungen ändern können, nachdem wir klar darüber diskutiert und uns für diese Variante entschieden haben.*

Përparim Avdili (FDP): *Nebst dem, was Sven Sobernheim (GLP) soeben erwähnt hat, geht es vor allem darum, sich auf ein Minimum einigen zu können, wenn man in defizitäre Jahre läuft. Nun haben wir ein Defizit von 170 Millionen Franken und von der linken Ratsmehrheit werden noch zusätzliche 60 Millionen Franken darauf gepackt. Einen Mehrwert, der mit diesen zusätzlichen 600 000 Franken im Sinne der Entwicklungsarbeit geleistet werden könnte, sehe ich nicht. Für mich ergibt das keinen Sinn, es ist eine unnötige Belastung des Steuergelds.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Als man in der Erarbeitung des Gegenvorschlags zur Volksinitiative zusammensass, diskutierte und sich auf die 8 Millionen Franken einigte, war klar, dass bei diesen Beträgen auch Drittkosten daraus bezahlt werden sollen. Das wurde von niemandem in der Kommission bestritten. Es war klar, dass dies zum Transformationsprozess und zur neuen Ausrichtung dazugehört. Florian Utz (SP), ich weiss, du hast eine wahnsinnshohe Motivation für dieses Thema. Das ist gut. Aber politische Deals, die so frisch sind, zu brechen und wider besseres Wissen zu erhöhen und noch einmal zu erhöhen, macht es für den Stadtrat recht schwierig, ein anderes Mal einen Handschlag zu machen, wenn dies bei erstbestener Gelegenheit wieder gebrochen wird. Es ist kein Weltuntergang, aber für mich eine persönliche Enttäuschung.*

S. 134	15 1505 3638 00 101	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Beiträge zugunsten von Entwicklungsländern				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
025.	Antrag Stadtrat				7 400 000	Mehrheit
				600 000	8 000 000	Minderheit
		Begründung:	Gleiche auszahlbare Beiträge zugunsten von Entwicklungsländern wie im Vorjahr			
						Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
						Vizepräsident Florian Utz (SP) Referent, Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 71 gegen 48 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 026.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Yasmine Bourgeois (FDP): Die Fachstelle für Gleichstellung beschäftigt sich kaum mit echter Gleichstellung, sondern mit abgehobenen Themen für eine akademische Elite. Ein Beispiel dieses Jahres ist die 30-seitige Gleichstellungsbroschüre für Schulen, in der nebst ganz vielen anderen Massnahmen vorgeschlagen wird, dass sich Kinder gegenseitig korrigieren, wenn nicht gendergerecht gesprochen wird. In einem Kindergarten soll es keine separaten «Chlötzliecken» oder «Bäbiecken» mehr geben. Es wird sogar angeregt, dass an jeder Schule eine Arbeitsgruppe zum Thema entsteht. Glauben Sie mir, die Schule hat andere Probleme, die zuerst gelöst werden sollen. Die Bevölkerung interessiert dies grossmehrheitlich nicht. Kürzlich habe ich mit einer Kinderbetreuerin über Gendersternchen gesprochen und sie wusste nicht einmal, was Gendersternchen sind. Die Newsletter und Programme der Fachstelle für Gleichstellung richten sich an eine akademische, privilegierte Elite und bringen der Basis nichts. Die Fachstelle ist vollkommen überdotiert. Beschränken sie diese Fachstelle auf Sachen, die uns im alltäglichen Leben etwas bringen.

Renate Fischer (SP): Dieser Antrag hat einen festen Platz in der Budgetfahne. Er kommt regelmässig alle Jahre wieder: Löhne in der Fachstelle für Gleichstellung sollen gestrichen werden. Die FDP und SVP wechseln sich in der Antragsstellung ab, dieses Jahr ist es die FDP. Einzig die Beträge und Begründungen unterscheiden sich in Nuancen. Was sich mittlerweile auch zu etablieren scheint, ist, dass von den Antragsstellenden in der Kommission nicht einmal mehr Fragen gestellt worden. Der gesetzliche Auftrag dieser Fachstelle leitet sich noch immer aus der Bundesverfassung ab und aus dem Gleichstellungsgesetz. Zudem hat der Gemeinderat dieser Fachstelle zusätzliche Aufgaben erteilt. Ich habe dies ausführlich dargestellt, da sich nichts

geändert hat, wiederhole ich mich nicht. Somit gilt auch dieses Jahr: «The same procedure as every year.» Die Mehrheit der RPK lehnt diesen Kürzungsantrag ab.

S. 136	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT				
	1506	Fachstelle für Gleichstellung				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
026.	Antrag Stadtrat			983 600	Mehrheit	Renate Fischer (SP) Referentin, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
		200 000		783 600	Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung: Die Fachstelle für Gleichstellung ist überdotiert.				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 027.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Markus Knauss (Grüne): Zürich macht Schlagzeilen, die man nicht gerne liest. Die Schlagzeilen haben damit zu tun, dass man ganz offensichtlich die Hausaufgaben bei der Sammlung Bührle im Kunsthaus Zürich nicht gemacht hat. Diese Einschätzung teile ich mit vielen Akteuren in der Zivilgesellschaft, aber auch in den Medien. Bei der Sammlung Bührle gibt es viele Fragestellungen, die im Raum stehen. Es gibt parlamentarische Vorstösse und die ehemaligen Mitglieder der Bergier-Kommission haben sich zu Wort gemeldet. Sie wollen eine Weiterführung der historischen Forschung rund um den Bührle-Komplex. Beispielsweise wollen wir mehr über die Zwangsarbeit der Ikaria, Gesellschaft für Flugzeugzubehör mbH, in Velten erfahren, wozu ein Postulat hängig ist. Es geht auch um die Zwangsversorgung von jungen Frauen in den Bührle-Fabriken in der Schweiz, dazu gibt es eine Motion. Die ehemaligen Mitglieder der Bergier-Kommission verlangen auch eine unabhängige Evaluation der Provenienzen. Der Fokus liegt nicht auf der Raubkunst, sondern auf den verfolgungsbedingten Vermögensverlusten. Es geht weiter um eine Weiterentwicklung des Dokumentationsraums, das ist eine Forderung der IG Transparenz vom Januar 2021, die wir mit der Petition erhoben haben. Auch dies wird von den Mitgliedern der Bergier-Kommission eingefordert. Der Stadtrat ist bereit, die Forderungen der ehemaligen Mitglieder der Bergier-Kommission entgegenzunehmen, und auch die diversen Vorstösse. Wir haben via RPK die Frage gestellt, ob Geld für die Forschungsvorgaben eingestellt ist, die Antwort war «Nein». Es hiess weiter, dass Stadt und Kanton im Austausch mit dem Kunsthaus seien. Dies ist eine befremdende Antwort. STP Corine Mauch ist einerseits Stadtpräsidentin, aber auch ein Vorstandsmitglied der Zürcher Kunstgesellschaft und bekanntlich führen Selbstgespräche nicht sehr weit. Weiter wurde in dieser Antwort ausgeführt, dass Stadt und Kanton in erster Linie die staatlich getragenen Wissenschaftsinstitutionen in der Verantwortung sehen. Diese seien nicht

nur kompetent, sondern auch für die Finanzierung zuständig. Ich möchte vehement widersprechen: Natürlich sind staatlich unterstützte Wissenschaftsinstitutionen kompetent, aber ich würde in Frage stellen, dass sie in erster Linie für die Finanzierung zuständig sind. Diese hängt am Tropf der Stadtkasse. Von einer Tasche Geld in die andere zu schaufeln, ergibt nicht viel Sinn. In der Kunstgesellschaft sitzen prominente Vertreterinnen und Vertreter der Stadt und des Kantons Zürich. Es darf nicht vergessen werden, dass Stadt und Kanton Zürich die Sammlung Bührle auch als Mittel der Standortförderung sehen. Das heisst, sie können diese Verantwortung nicht an irgendwelche Wissenschaftsinstitutionen abschieben. Ich gebe zu, ich bin etwas ungeduldig. Ich möchte nicht warten, was der Austausch zwischen der Stadtpräsidentin und der Kunstgesellschaft ergibt. Wir sind der Meinung, man müsse heute Abend eine halbe Million Franken als Anschubfinanzierung sprechen. Wir als städtisches Parlament können weiter Institutionen mit ins Boot holen, aber ohne Finanzierung der Stadt Zürich geht nichts. Wenn die Stadt Zürich Geld gibt, dann ist es klar, dass bei den konkreten Ausgestaltungen der Forschungsarbeiten die Wissenschaft ihre volle Freiheit erhalten soll. Jakob Tanner hat in seinem Forschungsbericht darauf hingewiesen, dass eine Einflussnahme der Auftraggeber umso heikler ist, je grösser das Reputationsrisiko in einer bestimmten Frage ist. Bei der Causa Bührle handelt es sich wohl um eines der grössten anzunehmenden Reputationsrisiken in der Kulturpolitik der Stadt Zürich. Von daher bitte ich die Stadtpräsidentin, wenn sie das Geld erhält, Strukturen zu schaffen, damit eine unabhängige Projektsteuerung möglich ist und damit sich die Geschichte wie beim Steuerungsausschuss des Forschungsprojekts Leimgruber nicht wiederholt.

Dr. Frank Rühli (FDP): *Wir lehnen den Antrag ab. Nicht, weil wir nicht damit einverstanden sind, dass es sich um eine komplexe Causa handelt, die man dementsprechend abklären muss. Es wurde viel debattiert. Wir benötigen eine Differenziertheit, was sinnvoll ist. Wir haben dies in der letztwöchigen Eingabe einer Interpellation dargelegt. Zuerst muss man einige Fragen klären: Inwieweit soll eine politisch motivierte Aufarbeitung gemacht werden? Gute Wissenschaft ist ergebnisoffen, da gibt es keine politische Agenda dahinter, sondern da versucht man, neutral und differenziert Antworten zu finden. Die Ungeduld, die Markus Knauss (Grüne) erwähnt hat, können wir sehr gerne aufnehmen, indem wir diesen Beitrag nicht sprechen, aber die Fragen, die wir dem Stadtrat letzte Woche mit dieser Interpellation gestellt haben, nächste Woche als dringlich erklären. Dann haben wir rasch Antworten auf dem Tisch und eine saubere Grundlage, um uns entsprechend zu überlegen, ob es Sinn macht, eine politisch motivierte Aufarbeitung dieser Causa vorzunehmen; oder ob es nicht sinnvoller ist, wissenschaftlich unabhängige und holistische Analysen dieser Causa vorzunehmen. Wir sind zum jetzigen Zeitpunkt gegen das Einstellen dieses Geldes.*

Weitere Wortmeldungen:

Susanne Brunner (SVP): *Das passiert, wenn das Misstrauen grassiert. Die Stiftung und Sammlung Bührle wird meiner Meinung nach zu Unrecht immer wieder in ein Licht gezogen, in das sie nicht gehört. Ich erinnere mich noch gut an den Abstimmungskampf, bei dem es ums neue Kunsthaus ging. Die Stadt Zürich hat viele Millionen Franken in das neue Kunsthaus investiert: einerseits für den Bau, gleichzeitig mussten wir aber auch die jährlichen Betriebsbeiträge erhöhen. Für mich als Stimmbürgerin in dieser Stadt war dies die allerschwierigste Abstimmung. Ich habe lange hin und her überlegt, was ich abstimme. Einerseits war ich als Kunstliebhaberin und Museumsfreundin hell begeistert von diesen Plänen, gleichzeitig standen viele private Spender dahinter, die mit grossen Beträgen den Erweiterungsbau des Kunsthauses ermöglicht haben. Nun haben wir diese wunderbare Sammlung in diesem Erweiterungsbau und lassen uns begründet mit irgendwelchem Misstrauen oder einer politischen Absicht ins Bockshorn jagen. Die Stiftung Sammlung Bührle hat die Sachen angeschaut und untersucht. Wir*

können nun so lange weiter machen, bis ihnen die Lust vergeht. Wir haben uns mit dieser einzigartigen Sammlung Bührle auf die vordersten Plätze der weltweiten Museumshäuser katapultiert. Wir müssen uns aber nicht wundern, wenn es uns gleich ergeht, wie mit der Sammlung Thyssen, bei der wir heute nach Madrid fliegen müssen, um sie anzuschauen. Wir müssen uns nicht wundern, wenn diese Räume eines Tages leer sind und eine andere Stadt diesen Kunstschatz seinen Bewohnerinnen und Bewohnern zeigen kann. Ich finde dies eine falsche Richtung, wenn wir eine weltweit beachtete Sammlung aus der Stadt treiben wollen.

Ernst Danner (EVP): *Es ist heute nicht der Zeitpunkt eine Debatte über die Sammlung Bührle zu führen. Der Zeitpunkt kommt mit den entsprechenden Vorstössen. Ich möchte kurz begründen, weshalb die EVP diesen Antrag für eine halbe Million Franken ablehnt, obwohl wir klar der Meinung sind, dass ergänzende Abklärungen zur Stiftung Bührle gemacht werden sollen. Es ist fast nichts so stark mit Zürich verbunden wie diese Sammlung Bührle. Die ganze Geschichte der Entstehung dieser Sammlung in den 30er-, 40er-Jahren, eine der dramatischsten Epochen Europas, kann nicht wegdiskutiert werden. Diese Entstehungsgeschichte verlangt ergänzende Abklärungen zu den schon gemachten. Ich möchte die Arbeit, die die Sammlung selbst gemacht hat, nicht heruntersetzen, aber die ganze Debatte zeigt, ergänzende Abklärungen sind nötig. Aber für ein Jahresbudget eine halbe Million Franken zu sprechen – es handelt sich um keinen Rahmenkredit, das sind etwa vier gut bezahlte Hochschulwissenschaftler – ist ein völliger Nonsens. Zuerst muss einmal definiert werden, wie vorgegangen wird, dann muss das Projekt aufgegleist werden und dann haben wir gesehen: Die Stadt hat so viele Aufträge Dritter in ihrem Budget, dass die Mittel bestimmt irgendwo zu finden sind. Es ist populistisch eine halbe Million Franken zu verlangen, nur daher lehnen wir diesen Antrag ab.*

Ronny Siev (GLP): *Es steht ausser Frage, dass es eine weitere Provenienzforschung im Kunsthhaus benötigt. Nationalsozialistisch verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut muss umfassend aufgeklärt, dargestellt und wenn möglich restituiert werden. Ebenfalls ausser Frage steht, dass der Raum in dieser Sammlung Bührle im Kunsthhaus, der die Thematik dokumentieren soll, dies nur ungenügend macht. Ebenfalls ausser Frage steht, dass die Stadtpräsidentin die Aufarbeitung schon seit zehn Jahren durchführen hätte müssen. Dieser Budgetantrag möchte zusätzliche 500 000 Franken für diese Forschung. Wir halten diesen Betrag für zu hoch. Wir erwarten, dass der Stadtrat, wenn er mehr Geld dafür braucht, eine Strategie vorstellt, in der er genau darlegt, wie die Forderungen umgesetzt werden und was es für die Stadt, aber auch für die anderen involvierten Institutionen, zusätzlich kosten soll. Weil wir das Anliegen grundsätzlich unterstützen, aber nicht auf diesem Weg, geht die GLP in die motivierte Enthaltung.*

S. 139		15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT				
		1510	Kultur				
		3132 00 000	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
027.	Antrag Stadtrat				311 000	Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)
				500 000	811 000	Mehrheit	Präsident Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP)

Enthaltung Sven Sobernheim (GLP)

Begründung: Kosten für eine externe, unabhängige Weiterführung der historischen Forschung sowie Weiterführung der Provenienzforschung betreffend Bühle-Sammlung

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 41 Stimmen (bei 13 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 028.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Christian Huser (FDP): *Der Gemeinderat hat am 27. Oktober 2021 den zusätzlichen Betrag von 105 000 Franken bereits gesprochen. Auch wenn dieser Antrag unter dem Quorum der Ausgabenbremse steht und der Stadtrat die Erhöhung nicht zweckmässig findet. Meistens sind wir fürs Sparen, aber es gibt Ausnahmen wie das Theater Rigiblick, in dem wirklich super Arbeit geleistet wird. Der zusätzliche Betrag wird benötigt, um die Administration zu entlasten.*

Walter Angst (AL): *Die GLP und die AL sind gleicher Meinung wie schon in der Abstimmung über diese Weisung: Wir wollen keiner Institution zusätzlich Geld zuschieben. Wir bleiben beim Budget bei unserer Haltung.*

S. 141	15	PRÄSIDENTDEPARTEMENT				
	1510	Kultur				
	3635 00 420	Theater Rigiblick: Betriebsbeiträge				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
028.	Antrag Stadtrat			399 900	Minderheit	Walter Angst (AL) Referent, Sven Sobernheim (GLP)
			105 000	504 900	Mehrheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Cathrine Pauli (FDP), Alan David Sangines (SP)
					Enthaltung	Susanne Brunner (SVP), Johann Widmer (SVP)

Begründung: Gemäss Gemeinderatsbeschluss vom 27.10.2021, GR Nr. [2021/257](#)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 175, Beschluss-Nr. 4709/2021).

E i n g ä n g e

Am nachfolgenden Text werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2021/499

Postulat von Patrick Hadi Huber (SP) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 08.12.2021:

Kunstraum Walcheturm, Fortführung des Angebots in den Zeughäusern nach der Sanierung

Von Patrick Hadi Huber (SP) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) ist am 8. Dezember 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Kunstraum Walcheturm sein Angebot in den Zeughäusern auch nach der Sanierung durch die Stadt fortführen kann. Dabei ist im Rahmen der Etappierung darauf zu achten, dass dieses einmalige Angebot möglichst ohne grosse Unterbrüche fortgesetzt werden kann, und zwar unabhängig davon, ob dies einen Umzug in einen anderen Gebäudetrakt nötig macht oder nicht.

Begründung:

Der Kunstraum Walcheturm ist seit rund 20 Jahren der zentrale Aufführungsort für Neue Musik und Zeitgenössische Musik in Zürich mit Ausstrahlkraft weit darüber hinaus. Auch wird die Lokalität für diverse Ausstellungen und Kongresse genutzt.

Mit der sich abzeichnenden Veränderung rund ums Kasernenareal / die Zeughäuser und dem baldigen Beginn des Baurechts der Stadt erhielt der Betrieb vom Kanton Zürich per Ende 2023 die Kündigung.

Die zu Beginn des Mietverhältnisses leer und mit Kiesboden vergebenen Räumlichkeiten wurden seither so ausgebaut, dass Sie neben einer ausgezeichneten Akustik einen mehr als geeigneten Rahmen für vielfältige interdisziplinäre und multimediale Projekte bieten. Die Räumlichkeiten sind bis Ende 2023 bereits sehr gut ausgelastet. Darüber hinaus fehlt derzeit jegliche Planungssicherheit.

Gemäss Erläuterungsbericht Masterplan (S.17) soll sich der Ausbaustandard an den finanziellen Möglichkeiten der erwünschten Nutzungen orientieren. Der Kunstraum Walcheturm lässt sich aufgrund seiner Einmaligkeit, der Verwurzelung im Quartier und in der Szene durchaus als eine solche erwünschte Nutzung definieren. Die einmalige Akustik, die in den Zeughäusern möglich ist, lässt sich gemäss Betreibenden auch in anderen Gebäudetrakten wieder herstellen. Trotzdem wäre eine Lösung mit möglichst kurzem Unterbruch am jetzigen Standort sicher zu bevorzugen.

Mitteilung an den Stadtrat

Das Postulat wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 8. Dezember 2021, 21 Uhr.